

Arbeiter-Zeitung

Sonnabend, 18. August 1928
10. Jahrgang, Nummer 192

Er scheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,80 Mk., monatlich 2,80 Mk., Einzelnummer 15 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,80 Mk., unter Einbehalten 8,00 Mk. Einzelpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile ober deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 8 Pf., Reklamepreis: Die dreispaltige Millimeterzeile ober deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseraten-Nachnahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuziger Straße 50, Telefon 500 30. Postfachkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Kreuziger Straße 50, Telefon 288 87. Sprechzeit der Redaktion: von 12-13, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. — Filial-Expeditionen: Oletow, Wilhelmstraße 26, Telefon 1065. G. B. S. 11; Bunib 6, Telefon 2384. Geschäftszeit: von 8-19 Uhr. Geschäftsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verleger: Schief, Verlagsgesellschaft u. S. G., Breslau. — Druck: „Reubag“ Berlin, Fil. Breslau, Kreuziger Str. 50.

Volksentscheid gegen Panzerkreuzer

Millionenaufmarsch gegen die imperialistische Kriegspolitik! Bereitet wichtige Massentundgebungen vor!

(Eig. Bericht.) Berlin, 17. August.

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands beschloß in einer Sitzung am 16. August, alle Schritte zur schleunigen Durchführung eines Volksentscheides gegen den Panzerkreuzerbau einzuleiten.

Die kommunistische Reichstagsfraktion wurde beauftragt, sofort die vorbereitenden Maßnahmen für die Einreichung eines Volksbegehrens zu treffen.

Die KPD. erwartet, daß alle für den Kampf gegen die neuen Kriegsrüstungen und Massenbelastungen interessierten Organisationen der werktätigen Bevölkerung sich zu einem einheitlichen gemeinsamen Vorgehen zusammenfinden.

Eine ungeheure politische Erregung hat die werktätigen Massen Deutschlands nach dem Beschluß der Koalitionsregierung auf sofortigen Bau eines neuen Panzerkreuzers ergriffen. Die breiten Massen erkennen, daß der Panzerkreuzerbau verschärfte Kriegsgefahr, neues Wettrüsten, verstärkte Kriegshege gegen die Sowjetunion, neue Unterdrückung der Arbeiterklasse, neue Milliardenbelastung der Werktätigen und weitere Verschlechterung der sozialen Fürsorge bedeutet.

Der Volksentscheid soll eine gewaltige, die gesamte Bevölkerung umfassende Massenbewegung gegen die imperialistische Unterdrückungs- und Ausplünderungspolitik werden.

*

Der Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei wird lebhafteste Zustimmung in allen Kreisen der Klassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen und weit darüber hinaus bis in die Kreise der veredelten Mittelschichten finden. In den letzten Tagen schallte den Kommunisten überall die Frage entgegen: Was wird die kommunistische Partei tun, wenn der Reichstag trotz des kommunistischen Antrages von Löbe nicht einberufen wird? So groß ist das Vertrauen breiter Schichten in die Führerrolle der Kommunistischen Partei, daß alle von ihr die entscheidende Initiative erwarteten. Die kommunistische Partei hat dieses Vertrauen der Massen nicht enttäuscht. Wie bei der gewaltigen Volksbewegung gegen das Fürstenabjuchmeiß übernimmt sie auch jetzt die Führung der empörten Massen im Kampfe gegen die Verklünderung der von Schweiß und Blut erprehten Steuergewinnen des Proletariats und der letzten Pfennige ruinierten kleiner Gewerbetreibender zur Aufrüstung des neudeutschen Imperialismus und Vorbereitung eines entsetzlichen Massenmordens, das die Schrecken des vierzehnjährigen Hingehens blühender Menschenleben weit hinter sich lassen würde.

Warum Volksentscheid? Haben nicht Millionen durch ihre Stimmabgabe bei den Wahlen gegen den Panzerkreuzer gestimmt? Gewiß! Neun Millionen Arbeiter, die sozialdemokratisch wählten, gaben damit ebenso wie die dreieinhalb Millionen kommunistischer Wähler Ausdruck, daß sie keinen Pfennig der Verschwendung von Steuergeldern, erprecht aus den Armen der Kernsten für Rüstungszwecke bewilligen wollen. Trostlos haben die Panzerkreuzerjäger, dem Willen von Millionen Wählern ins Gesicht schlagend, dem Bau des Panzerkreuzers zugestimmt.

Zu ihrer Entschuldigung behaupten nun die Panzerkreuzerjäger, daß nach der Entscheidung des alten Reichstags keine Möglichkeit bestände, den Panzerkreuzerbau zu verhindern. Wir haben diese tendenziösen Verteidigungsversuche bereits gebührend gebrandmarkt. Doch den sozialdemokratischen Führern muß die letzte Möglichkeit, ihre Unterstützung der Aufrüstung mit formalrechtlichen Gründen zu bemänteln, genommen werden. Die sozialdemokratische Partei hat jetzt die Möglichkeit, zu zeigen, ob sie gewillt ist, wirklich alle Möglichkeiten zu benutzen, um den Bau des Panzerkreuzers zu verhindern. Die werktätigen Massen werden erkennen, ob die sozialdemokratische Partei, ob die sozialdemokratischen Minister, die verfassungsmäßigen Rechte der Wählerschaft in der demokratischen Republik mehr zu achten gewillt sind, als die bürgerliche Marx-Regierung bei der Fürstenabjuchung.

Es geht bei diesem Volksentscheid noch um weit wichtigere Fragen für die werktätigen Massen, als bei der Fürsten-

abjuchung. Wohl standen bei der Fürstenabjuchung Hunderte von Millionen Mark, Zehntausende von Morgen Land auf dem Spiel, die dem Fürstenpaar in den Rücken geworfen wurden. Heute geht es um mehr! Es geht nicht nur um den Panzerkreuzer A in Höhe von 80 Millionen Mark, den Bau der darauf folgenden Panzerkreuzer B, C und D und das Flottenbauprogramm in Höhe von fast einer halben Milliarde Mark, so verbrecherisch diese Verschwendung der Blutsteuern angesichts der ungeheuren Not der Arbeiter, Angestellten, kleinen Beamten, Gewerbetreibenden und der Verzweiflung der Arbeitslosen, Arbeitsinvaliden, Kriegsoffer ist.

Es geht um mehr! Der Volksentscheid gegen den Panzerkreuzerbau ist

der Aufmarsch der werktätigen Millionenmassen gegen die Rüstungen der deutschen Bourgeoisie, deren weithin leuchtendes Symbol der Bau einer Serie von Panzerkreuzern ist.

Der Volksentscheid bedeutet, daß die Millionenmassen nicht gewillt sind, die Kriegsvorbereitungen der Koalitionsregierung gegen die Sowjetunion zu dulden. Er bedeutet, daß die Wählermassen nicht mehr gewillt sind, durch betrügerische Versprechungen der sozialdemokratischen Minister sich wieder ebenso irreführen zu lassen, wie sie vor den Wahlen von der Sozialdemokratie mit der Parole: „Wer keinen Panzerkreuzer will, wähle Liste 1“ genarrt und betrogen worden sind!

Der Beschluß der Kommunistischen Partei, der von der bürgerlichen Presse heute bezeichnenderweise an versteckter Stelle gebracht wird, wird zweifellos ein Butzgeul der Panzerkreuzerjäger und der Bourgeoisie zur Folge haben. Wie seinerzeit, als die Sozialdemokraten den Druck der Massen noch zu gering einschätzten und den Volksentscheid über die Fürstenabjuchung zu sabotieren versuchten, werden sie auch jetzt versuchen, mit angeblichen formalrechtlichen Gründen die Arbeiter zu beschwägen. Wie sie versucht haben, den Panzerkreuzerbeschluß des Reichskabinetts als einzige mögliche Entscheidung im Rahmen der Verfassung vorzutäuschen, so werden sie auch jetzt beweisen wollen, daß die KPD. „etwas Unmögliches“ verlangt. Die arbeitenden Massen und die Mittelschichten kennen den Text und die Melodie aus jener Zeit, wo die KPD. alle in für den Volksentscheid in der Frage der Fürstenabjuchung stand und die SPD. erst kam, als ihr der Druck der Massen und der eigenen Parteimitglieder keinen Ausweg mehr ließ.

Um so mehr müssen die werktätigen Massen, die den Schritt der KPD. begrüßen, mit uns gemeinsam gegen die Panzer-

kreuzerpolitik und gegen den Versuch einer Abwürgung des Volksentscheids kämpfen.

Der Volksentscheid bedeutet die Sammlung der Millionenmassen, den Ausgangspunkt einer allumfassenden Massenkampagne der Werktätigen, die die Lehre des Panzerkreuzerbeschlusses begriffen haben. In ganz Deutschland werden die Werktätigen in den Ruf einstimmen:

Keinen Pfennig für Panzerkreuzer!

Nieder mit den Panzerkreuzerjägern!

Nieder mit der Spaltungspolitik der Panzerkreuzerjäger in den Gewerkschaften und Massenorganisationen, die die Kriegsfront der Ausbeuterklasse stärkt und die Kampffront der Werktätigen schwächt!

Heraus aus der Panzerkreuzer-Sozialdemokratie!

Hinein in die KPD.!

Kämpft gemeinsam mit der KPD.

gegen die Kriegspolitik der Koalitionsregierung,

gegen die Rüstungspolitik der SPD.,

gegen die sowjetfeindliche Hege der Sozialdemokratie,

gegen die Ablenkungs- und Vetrugsmanöver der linken SPD.-Führer!

Nieder mit der Panzerkreuzerregierung!

Es lebe die Arbeiter- und Bauernregierung!

„Der Parteivorstand greift ein“

Also liebe Genossen, beruhigt euch, die Minister werden gerüstet. Das ist nach den von uns gestern gekennzeichneten Beschlüssen der sozialdemokratischen Instanzen nunmehr der neue von der SPD. Wahlflecke übriggebliebene Schaum, mit dem die „Volkswacht“ und die andere schlesische SPD.-Presse die empörten sozialdemokratischen Arbeiter aufs Neue einleifen will. Wir haben gestern bereits darauf hingewiesen, daß die Einberufung des Parteiausschusses der SPD. nicht etwa den Zweck hat, eine Aenderung der sozialdemokratischen Politik herbeizuführen, sondern lediglich dazu dienen soll, die empörten sozialdemokratischen Arbeiter zu beruhigen. Die Heuchelei ist um so erbärmlicher, als es feststeht, daß der Parteivorstand beim Eintritt der SPD.-Minister in die Regierung riefte, daß der Panzerkreuzerbau mit der Basis war, auf der die Koalition aufgebaut wurde. Nicht zum erstenmal haben sich insbesondere die „linken“ SPD.-Führer derartiger Tricks bedient, um den Massensturm zu beschwichtigen. Als beim Volksentscheid 1926 14 1/2 Millionen Wähler ihre Stimme für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten abgegeben hatten, stimmten wenige Wochen später die sozialdemokratischen Minister in der preukischen Koalitionsregierung und die sozialdemokratische Landtagsfraktion den Abfindungsangelegenheiten für die Hohenzollern zu. Darob setzte in der SPD.-Arbeiterklasse die gleiche Umbröngung über den Verrat ihrer Führer ein wie heute. Auch damals tobten die „linken“ SPD.-Blätter und forderten den Austritt aus der Koalition. Und was war das Resultat? Der Parteivorstand berief eine Parteiausschussung ein, auf der die Fürstenabfindungsfrage nicht im Sinne der empörten Arbeitermassen, sondern im Sinne der Bourgeoisie entschieden wurde. Die SPD. bediente die Fürstenabfindungsfrage. Genau so wird es auch heute werden. Der Parteiausschuss der SPD. wird, wenn auch mit verlogenen Redensarten, die Politik der SPD.-Minister in der Regierung billigen und damit gleichzeitig den Weg für die Bewilligung weiterer Mittel zum Kriegsschiffbau freimachen. Wie es gemacht werden wird, das zeigt die Entscheidung des Partei- und Fraktionsvorstandes zur Genüge. Einige „kritische“ Worte, die für die Wähler bestimmt sind und die Versicherung auf Fortführung der verräterischen Koalitionspolitik an die Presse der Bourgeoisie.

Die SPD.-Wähler dürfen sich deshalb durch die Mandatvergeben der SPD.-Führer, die aus deren Furcht vor der Rebellion der Massen geboren werden, nicht verwirren lassen. Sie müssen erkennen, daß die Zustimmung der SPD.-Minister zum Kriegsschiffbau keine Zufälligkeit und keine „rechtliche Frage“ ist, sondern eine unausweichliche Auswirkung der sozialdemokratischen Politik ist, die in der Erhaltung des kapitalistischen Systems, der Verteidigung des bürgerlichen Staates und der Vorbereitung des neuen imperialistischen Krieges beruht.

Panzerkreuzer A gegen die Sowjetunion

Der „Vorwärts“ über eine Seeschlacht mit der Sowjetflotte

Der „Vorwärts“ antwortet auf unsere Forderung, daß der Panzerkreuzer A in der Ostsee im Ernstfall nur gegen die Sowjetunion verwendet wird (was auch die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung“ schrieb), im Still des kriegspolitischen Sozialpatriotismus.

Als Entschuldigend dafür, daß die SPD-Minister der deutschen Kapitalklassen für ihre neue Aufrüstung die Panzerkreuzer bauen, beruft sich der „Vorwärts“ darauf, daß auch die proletarische Sowjetunion Panzerkreuzer besitzt. Das Zentralorgan der Sozialdemokratie, das auch nicht mehr einen Funken sozialistischen Geistes aufweisen kann, sollbarstet sich restlos mit dem neudeutschen Imperialismus. Nüchternlich behauptet der „Vorwärts“ gegen die Regierung der ersten revolutionären Arbeitermacht, die sich gegen die waffenstarken Imperialisten aller Länder zu verteidigen sucht, und die in Ost und West die einzige Macht für die vollständige Abrüstung war.

Die SPD-Debatte dient natürlich dem Zweck, die Massen der deutschen Arbeiterklasse zur patriotischen Kriegsbegeisterung für einen Krieg gegen Sowjetrußland zu gewinnen.

Der „Vorwärts“ entlarvt sich dann plump und brutal, indem er folgende militärische Betrachtung über eine Seeschlacht in der Ostsee anstellt:

„In einer Beziehung allerdings wird das Panzerschiff A allen Sowjetkreuzern (!) weit überlegen sein: es wird eine Überlegene Schnelligkeit haben. Es wird einer Seeschlacht mit den Sowjet-Panzern (!) mit großer Sicherheit ausweichen können.“

Der „Vorwärts“ berechnet die Möglichkeit eines Seekrieges gegen die Sowjetunion wie eine Selbstverständlichkeit! Er gibt dann an, daß Deutschland bei einem imperialistischen Kampf gegen die Sowjetunion die Rolle des Angreifers in der Ostsee zu übernehmen hat. Als echt kriegspolitisch ist der „Vorwärts“ nur besorgt, daß das deutsche Panzerschiff in seiner Bewaffnung militärisch nicht den Sowjetkreuzern gewachsen sei. Die verblüfften Kriegsbegeisterten im „Vorwärts“ wissen aber genau, daß die imperialistischen Verbündeten dem deutschen Imperialismus selbstverständlich im Kriegsfall eine stärkere Ausrüstung der Schiffe zugestehen werden.

Der Arbeiterklasse liefert der „Vorwärts“ wieder den Beweis, daß die SPD-Führer bei der Unterstützung der Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie zu jedem Schurkenstreich bereit sein werden. Die Panzerkreuzer, „Sozialisten“ werden die ersten Nutzer zum „Kreuzzug gegen den Bolschewismus“ sein. Arbeiter, die Augen auf!

Litauen lehnt die Verhandlungen in Genf ab

II. Berlin, 17. August. Die Berliner Blätter aus Rom melden, veröffentlicht die litauische Telegraphen-Agentur die Antwortnote der litauischen Regierung auf die polnische Einladung zur Einladung nach Königsberg und die polnische Anregung, die litauische politische Konferenz in Genf abzuhalten. Die litauische Antwort erklärt sich nicht mit dem polnischen Vorschlag einverstanden, Genf als Verhandlungsort zu wählen, da dort zur gleichen Zeit die Beratungen des Völkerbundes beginnen.

Eine fette Ente erledigt

II. Berlin, 18. August. Gegenüber aus Paris kommenden Meldungen, daß Trotski sich mit Zustimmung der russischen Regierung in Berlin aufhalte, teilt die hiesige Sowjetbotschaft mit, daß Trotski sich nicht in Berlin befindet.

Brandstiftung in einer Leipziger Polizeikaserne

II. Leipzig, 16. August. Am Donnerstagfrüh gegen 5 Uhr bemerkte man in der Polizeikaserne in Leipzig-Möden, daß aus dem Dachstuhl eines mit Mannschaften belegten und vom Kantinenpächter bewohnten Gebäudes Feuer schlug. In mehr als fünfstündiger Arbeit gelang es der Feuerwehr, den Brand wenigstens auf seinen Herd zu beschränken und namentlich das Weiterlaufen des Feuers nach unten zu verhindern. Bei der Brandbekämpfung machte man die Entdeckung, daß mit großer Umficht und über zwei Quadratmeter des Dachstuhls verteilt, wenigstens zwölf Brandherde gelegt worden waren. Die Brandstifter hatten auch die Schloßer an den eisernen Türen zum Dachboden beschädigt, sicherlich, um die Wächter zu erschweren. Zur Brandbekämpfung wurden Hartspiritus und Holzöl verwendet. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei haben hinsichtlich der Beweggründe für die Brandstiftung bereits einen ganz bestimmten Verdacht gezeitigt. Bisher sind neun Festnahmen erfolgt.

Ein österreichisch-italienischer Grenzzwischenfall

II. Innsbruck, 16. August. Der „Tiroler Anzeiger“ berichtet: Mehrere Wiener Journalisten unternahmen von Außer-Rodtgraben in Ost-Tirol eine Bergtour auf das Pfannhorn. Unterhalb der österreichisch-italienischen Grenze wurden die Touristen auf österreichischem Gebiet von zwei italienischen Finanzbeamten angehalten und zur Ausweisprüfung aufgefordert. Die Touristen weigerten sich, sich auszuweisen. Bei ihrem Rückmarsch wurden sie in einer Entfernung von 200 bis 250 Metern von den zwei italienischen Finanzorganen verfolgt und gleichzeitig mit fünf bis sechs Gewehrschüssen bedacht, die glücklicherweise ihr Ziel verfehlten.

Tögl. neue Opfer des Rüstungswahns

II. Paris, 16. August. Auf dem französischen Panzerkreuzer „Corraine“ explodierten aus unbekannter Ursache zwei Dampfessel. Zwei Matrosen wurden so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus geschafft werden mußten, wo einer von ihnen gestorben ist.

II. Oslo, 16. August. Am Donnerstagvormittag brach in der Armeemunitions- und Waffenfabrik bei Kongberg ein Brand aus, der zu einer Explosion großer Munitionsvorräte führte. Etwa 20 000 Granaten sowie Benzin- und Ölvorräte flogen in die Luft. Mehrere Gebäude wurden völlig zerstört. Drei Arbeiter sind verletzt worden.

Ein Postdampfer mit 250 Personen an Bord an der kalifornischen Küste auf Grund gelaufen

II. New York, 16. August. In der Nähe von Cap San Lazaro (Kalifornien) ist der Postdampfer „Guandor“ mit 250 Personen an Bord auf Grund gelaufen. Mehrere Schiffe sind zur Hilfeleistung unterwegs.

Kurze Nachrichten aus der Sowjetunion

Im Nord-Kaukasus weist die Getreidebeschaffungskampagne trotz des ungünstigen Wetters Erfolge auf. In einzelnen Kreisen sind Fortschritte bis 300—400 Prozent zu verzeichnen.

Der Volkskommissar für Arbeitswesen, Genosse Schmidt, ist zum stellvertretenden Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare und des Rates der Arbeit und Verteilung ernannt worden.

Die in diesen Tagen beendete Messe in Rischni-Nowgorod verzeichnet viel größere Umsätze als die vorjährige Messe. Das ist ein Beweis für den steigenden Warenverkehr der Sowjetunion und den östlichen Nachbarländern, Persien, Afghanistan.

Die Kampagne zur Realisierung der 500-Millionen-Anleihe macht rüstige Fortschritte. Aus allen Städten der Sowjetunion treffen Nachrichten über die Zeichnung von bedeutenden Summen ein. Die Moskauer Arbeiterklasse wird voraussichtlich 50 Millionen Rubel zeichnen.

Kleine politische Nachrichten

Der polnische Außenminister wieder in Warschau. — II. Warschau, 16. August. Außenminister Jaleski hat seinen Urlaub beendet und ist, aus Ostende kommend, am Mittwoch wieder in Warschau eingetroffen. Der Minister wurde auf dem Bahnhof von den höheren Beamten des Außenministeriums empfangen.

Ein Denkmal für Stefan Rabitsch. — II. Belgrad, 16. August. In Spalato wurde eine Aktion zur Errichtung eines Denkmals für Stefan Rabitsch eingeleitet. Die kroatische Bauernpartei unterstützt den Plan. Das Geld soll durch Sammlungen aufgebracht werden.

An unsere Leser!

Aus juristischen Gründen sind Verlag und Redaktion leider gezwungen, die Veröffentlichung des bisherigen Romans „Der Körper gehört Dir“ zu unterbrechen. Der Verlag, der den Roman herausgibt, ist in Konkurs geraten. Die Konkursverwaltung weigert sich, die jederzeit telefonisch bereits erhaltene Abdruckserlaubnis zu bestätigen. Es schweben annehmbare Verhandlungen zwischen Redaktion und Verlag der „Arbeiter-Zeitung“ und dem Uebersetzer des Romans. Bis zur Erledigung derselben bitten wir unsere Leser um Geduld. An Stelle des bisherigen Romans werden wir bis auf „Teres Skizzen und kleine Novellen“ veröffentlichten. Redaktion und Verlag.

Bombenflieger über London

Kriegsübungen gegen UGBA.

Am Montag begannen die großen Luftmanöver über London, die volle acht Tage dauern sollen. Die militärische Annahme, die den Manöverplänen zugrunde liegt, ist ein Luftangriff des „alten Feindes Ostland“ auf London. An den Manövern nehmen etwa dreihundert Militärflugzeuge teil.

Am Ende des ersten Manövertages stellten die militärischen Schiedsrichter fest, daß durch den Luftangriff (bildlich gesprochen) mehrere Teile Londons in Trümmer gelegt wurden und etwa 100 000 Tote und Verwundete das Schlachtfeld bedeckten. Die Presse berechnet, daß zwei bis drei große Bombenflugzeuge 40 Tausend Giftgas transportieren können, was genügen würde, um die gesamte Bevölkerung Londons zu töten. Eine einzige „moderne“ Giftgasbombe vergiftet ganze Bezirke.

Diese Angaben machen die ganze Grausamkeit des kommenden Krieges aus. Die englische Presse betont, daß der Abwehrdienst schwach sei, und daß es überhaupt unmöglich wäre, einen Luftangriff mit Sicherheit und ohne ungeheure Opfer abzuwehren. Die Manöver dienen offensichtlich der Propaganda für die Vermehrung der Luftstützungsausgaben.

Sie haben aber noch einen anderen Sinn: sie sind Übungen

für den Luftangriff auf die Sowjetunion, unter der der „alte Feind Ostland“ zu verstehen ist. Schon die Luftmanöver des Vormonats hatten ganz offen die Aufgabe, für einen solchen Angriff zu trainieren.

Dieser Zusammenhang erhellt ganz besonders aus einem Aufsatz des bekannten Spezialisten für Militärflugwesen, Grey, in der Zeitschrift „Aeroplane“. Grey behandelt ganz offen den Fall eines Krieges gegen die Sowjetunion und kommt zu dem Schluß, daß England dazu seine Luftflotte stärken müsse. Außer den Flugzeugen empfiehlt Grey, daß Deutschland, England, Polen, Frankreich und Italien in die Luftstreitkräfte organisieren, die im Fall ihrer Verwendung gegen die Sowjetunion „nicht einen Stein auf dem anderen belassen würden“.

II. London, 16. August. Der dritte Tag der britischen Luftmanöver hat wiederum den Bombengeschwadern starke Erfolge gebracht. Nach den Mitteilungen des Luftfahrtministeriums seien die Verluste der Angreifer zwar schwer, der von ihnen angerichtete Schaden jedoch noch bedeutend erheblicher. Seit Beginn der Manöver seien theoretisch das Luftfahrtministerium, wichtige Materialdepots und Benzinlager sowie das ganze Außenviertel Londons vernichtet worden.

Die Rebellion der SPD-Arbeiter

Leipzig fordert außerordentlichen Parteitag

Leipzig, 16. August. (Sig. Draht.) Der sozialdemokratische Bezirksverband faßte eine Entschlieung zur Panzerkreuzerfrage, die das Vorgehen der SPD-Minister verurteilt, die Zustimmung zu Reichsentscheidungen mit den Grundgedanken der Partei für unvereinbar erklärt. Die Zustimmung zum Bau des Panzerkreuzers sei die zwangsläufige Folge der gegenwärtigen Regierungskoalition und stelle eine Mißachtung des Willens der sozialdemokratischen Wähler dar. Die Partei könne die Verantwortung für eine solche Koalitionspolitik nicht tragen. Der Bezirksverband fordert deshalb den Austritt der sozialdemokratischen Minister aus der Regierung. Er fordert außerdem die sofortige Einberufung des Parteitag.

Stapellauf des Luxusdampfers „Europa“

Nationalistischer Hummel auf Kosten der Steuerzahler

Hamburg, 16. August. (Sig. Draht.) Gestern nachmittag wurde der Stapellauf des ersten der beiden auf der Werft von Blohm und Voß vollendeten riesigen Turbinenschiffdampfer, namens „Europa“, vollzogen. Zur Taufe des Schiffes hatte man sich den amerikanischen Reichsminister Schuman eingeladen, während die Taufe des anderen Reichsschiffes, der „Bremen“, am folgenden Tage durch Hindenburg erfolgen soll. Bezeichnenderweise nahm auch der durch den Lehmann-Kandal berüchtigte Admiral Jentsch, einer der Hauptakteure des neudeutschen Imperialismus, an der Taufe teil.

Die Reden Schumans beim Stapellauf sowie bei einem nach der Taufe leitens der Werft Blohm und Voß veranstalteten Empfang mündeten neben den üblichen Phrasen über Völkerverständigung namentlich auf die von Amerika begünstigte Wiederherstellung Deutschlands im Bunde der imperialistischen Mächte. Der Hinweis darauf, daß gerade Hindenburg tags darauf die Taufe des zweiten Schiffes vollziehen werde, war eine besondere Plakaterie innerhalb des nationalistisch-imperialistischen Hummel, der anlässlich dieses Stapellaufs veranstaltet wurde.

Es darf nicht vergessen werden, daß der Bau dieser riesigen Luxusdampfer, von denen die bürgerliche Presse strahlend berichtet, es sei „bisher nirgends ein derartiger Komfort“ erfährt worden, mit Hilfe der gewaltigen Subventionen erfolgte, die die Regierung den Schiffahrtsgesellschaften und Reedern auf Kosten der werksfähigen Steuerzahler zukommen läßt.

Oppositionelle Mandate nicht aberkannt

Mehrheit des DDB-Verbandstages gegen den Kommissionsbeschluss

Amtsruhe, 17. August. (Sig. Draht.) Der dritte Verhandlungstag des Metallarbeiterverbandes brachte den Höhepunkt der Auseinandersetzungen zwischen der reformistischen DDB-Bürokratie, die mehr oder weniger aggressiv auf die Abtrennung der Opposition vom Verband hinarbeitet. Der wichtigste Anschlag auf Abtrennung der

Mandate der Berliner Delegierten und einiger anderer Oppositioneller ist gescheitert. Der Außerordentliche Metallarbeiterkongress im ganzen Reich und das Bewußtsein, daß sich auf eine solche Proklamation ein noch nie dagewesener Massensturm der Mitgliedschaft erheben würde, hat auf einen Teil der SPD-Delegierten so gewirkt, daß sie das Verbrechen nicht wagten. Die Aberkennung der Mandate der fraglichen Oppositionsdelegierten wurde mit 117 gegen 92 Stimmen abgelehnt. Ausführlicher Bericht folgt.

Schweres Eisenbahnunglück in Jugoslawien

Bisher 20 Tote geborgen

II. Belgrad, 16. August. Auf der Strecke Nißh—Stoplje entgleiste am Donnerstagnachmittag infolge Weisbruches ein Personenzug und stürzte die Waggons ab. 13 Wagen wurden zerstört. Nahe der ersten Waggons sind über 100 Personen teils getötet, teils schwer verletzt unter den Trümmern begraben worden. Nach den letzten Berichten wurden bereits 20 Tote und 30 Schwerverletzte geborgen.

Wie weiter gemeldet wird, ereigneten sich im jugoslawischen Eisenbahnwesen innerhalb der letzten 24 Stunden noch zwei weitere schwere Unfälle. So explodierte der Dampfessel der Lokomotive eines Schnellzuges, der von Belgrad nach Nißh unterwegs war, als man eine neue Kohlenföhrte ausprobierte. Der Lokomotivführer und ein höherer Eisenbahnbeamter wurden getötet. Zwei Beamte wurden lebensgefährlich verletzt. Bei Stoplje entgleiste ferner am Donnerstag eine Eisenbahnraffine und stürzte um. Vier Eisenbahnbeamte wurden schwer verletzt.

Vom Tage

Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Agram: Wegen der italienischen Kundgebungen in Spalato wurden 34 Personen zu insgesamt 408 Tagen Arrest verurteilt. Auch in anderen Städten wurden zahlreiche Personen, von denen man vermutet, daß sie Kundgebungen veranstalten könnten, in polizeiliche Verwahrung genommen.

Der „Daily-Telegraph“ ist der Ansicht, daß der Besuch Dr. Luthers in England möglicherweise mit einem Sonderauftrag in der Räumnungsfrage zusammenhängen könnte.

Der chinesische Gesandte in Tokio sprach am Donnerstag im japanischen Außenministerium vor und erklärte, daß die Kanking-Regierung bereit sei, die Mitteilung über die Aufhebung der Verträge mit Japan zurückzuziehen, und gewillt ist, in Verhandlungen über die Verträge einzutreten.

Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft sind drei Angehörige der Farbenwerke in Ludwigshafen wegen Verdacht der Wirtschaftsspionage zu Gunsten der französischen Industrie verhaftet worden.

Oberschlesien

Ein treuer Knecht bleibt Fridolin

Was Severing tut, ist wohlgetan, sagt das „Volksblatt“

Das Hindenburg „Volksblatt“, geleitet von dem früheren katholischen Jugendvereiner K o i s, gehört zu denjenigen sozialdemokratischen Blättern, die mangels eigener Stellungnahme sich hier damit begnügen, den sozialdemokratischen Postenbesitzer kommentarlos nachzudrucken. Während fast alle Mitarbeiter der SPD unter dem Druck der Wählermassen genötigt waren, gegen die Zustimmung der sozialdemokratischen Minister zum Panzerkreuzerbau zu wenden, nennt Herr K o i s die Entzweiung der sozialdemokratischen Arbeiterklasse höchst „Panzerkreuzerrummel“. Was Severing, was Herrmann Müller tun, ist wohlgetan, sagt K o i s und singt Hymne auf die sozialdemokratischen Götter in der Regierung:

Es bleibt bei dem, was wir zu Anfang der ganzen Debatte sagten. Das, was ein Severing, ein Herrmann Müller, ein Wisfler und ein Hilferding getan haben, das kann noch immer jeder Parteifreund und jeder Arbeiterwähler in aller Ruhe verteidigen. An Severing trüben sich so viele Hoffnungen der Arbeiterklasse, daß es keinem Proletarier — wenn er nicht von demagogischen Hezern irreführt ist — einfallen wird, sich der Meinung hinzugeben, Severing habe auch nur im entferntesten einen „Wählerverrat“ begangen. Gerade der schlichte Metallarbeiter aus Westfalen, der nun an der Spitze der deutschen Innenpolitik steht, ist uns die beste Gewähr dafür, daß der Kurs der Sozialdemokratie und damit auch der Kurs des neuen Kabinetts trotz dieser anscheinenden Unterbrechung unentwärtig vorwärts geht. Das werden die heute jubelnden Gegner zu ihrem Schaden schnell genug zu spüren bekommen.

Ein gläubiger junger Mann der Herr K o i s. Was Gott Severing oder Herrmann Müller tun, ist wohlgetan. — Man versteht, daß sich der gläubige K o i s vor einigen Monaten mit so viel Wärme für Bewilligung von Kirchenbauten durch die Sozialdemokratie einsetzte und den Grundsatz verkündete, die Arbeitervertreter müßten Gelder für Kirchenbauten bewilligen. Nun wir's nicht, tun es die andern, sagte dieser Stratege gegen das Zentrum. Wer so wie K o i s die politische Aumpele zum Prinzip erhebt, der muß folgerichtig jeden Verrat an sozialistischen Grundfragen verteidigen und zum Lobredner der Herrmann Müller und Severing werden. Nach K o i s ist in der SPD alles in brauner Butter.

Ein paar rabuläre jüdische Blätter und die „Volksmacht“, die sich gegen den Eintritt in die Regierung wandten, modern nach der Ansicht des K o i s allein nur über die Zustimmung der SPD-Minister zum Panzerkreuzerbau, die Massen der sozialdemokratischen Mitglieder aber sind brav und zufrieden, Herr K o i s behauptet:

Wie künstlich der ganze Sturm heraufbeschworen ist, erkennt man auch daran, daß gerade die Parteilichtliebhaber der Sozial-

demokratie der ganzen Angelegenheit mit überraschender Ruhe und Zuversicht ins Auge sieht.

Der Ahnungslose muß dafür von der „Volksmacht“ folgende Verbreitung einstecken:

Ehe das „Volksblatt“ uns bei unseren ober-schlesischen Parteigenossen ankündigt, hätte es sich lieber die Mühe machen sollen, die Parteipresse, die ja auch wohl bis Hindenburg gelangt, durchzulesen. Wir empfehlen dem „Volksblatt“ insbesondere die Leitüre der Auslassungen folgender Blätter unserer Partei zum Beschluß der Reichsregierung, der „Rheinischen Zeitung“, der „Frankfurter Tagespost“, des „Essener Volksblattes“, des „Hamburger Echo“, der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“, alles Blätter, die dafür bekannt sind, daß sie auf dem rechten Flügel unserer Partei stehen und die erst vor Monaten sehr entschieden für die Beteiligung der Partei an der Reichsregierung eintraten, jedenfalls aber nichts mit der schließlichen Opposition zu tun haben.

Der treue Fridolin der Panzerkreuzerregierung, der eine halbe Woche deutscher Politik verschlafen hat, behauptet ferner, die Kommunisten hätten keinen Grund, sich über den Panzerkreuzer zu entrichten, weil die Sowjetunion auch Gelder für Rüstungsausgaben aufwendet. Mit Verlaub Herr K o i s! Die Minister Ihrer Partei bewilligten den Panzerkreuzer der deutschen Bourgeoisie. Die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion verteidigen dagegen ihr sozialistisches Vaterland, wenn sie „sich für Rüstungen einsetzen“. Oder sollte die Sowjetunion, nachdem alle ihre Abrüstungsvorschläge von den Regierungen der kapitalistischen Länder mit Hohn abgelehnt wurden, die Rüstungen der imperialistischen Mächte mit dem Abbau der Roten Armees und der Roten Marine beantworten? Das könnte den Herren von der Zweiten Internationale so passen. Jeder Arbeiter begreift den Unterschied zwischen der Verteidigung der Errungenschaften der russischen Revolution und des Schutzes des Arbeiter- und Bauernstaates und der Bewilligung von Mitteln für die Aufrüstung der deutschen Bourgeoisie und die Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion. Wenn Herr K o i s das nicht begreift, so sollten das die sozialdemokratischen Arbeiter diesem politiklosen Ab-Schäfer, der seine Chefredakteurstellung lediglich seiner Unfähigkeit an die Unfehlbarkeit der sozialdemokratischen Parteidoktrin verbandt, klarzumachen versuchen. Nur ein Ignorant und Rindstich oder ein politischer Falschmüller kann Verteidigung der proletarischen Revolution in Rußland gleichsetzen mit der Unterstützung des deutschen Imperialismus. Wir überlassen es Herrn K o i s, zu welcher Gruppe er sich rechnet!

Gleiwitz

Reichsbannergeneral Muschiol auf Proletenjang

Am Sonntag veranstaltete das ober-schlesische Reichsbanner eine Werbeversammlung in Gleiwitz, Kreis Gleiwitz. Wie es so üblich — die Proleten auf Fahrtraben und der Herr General per Auto. Der Zufall wollte es, daß einige KPD-Kameraden aus Gleiwitz auf einem Ausflug sich in G. befanden, einen Teil des Referats von Muschiol mitangehört und die Feststellung gemacht hatten, in welcher schmutzigen und lächerlichen Weise (es wird immer so gemacht) nicht gegen die Faschisten, sondern gegen den KPD und die kommunistische Partei hergezogen wurde. Das ging so ungefähr eine halbe Stunde lang. Ein Kamerad des KPD meldete sich zur Diskussion und brandmarkte in kurzen Ausführungen den Verrat der SPD und der Reichsbannerführer. Nach Muschiols Ansicht befinden sich im KPD lauter Mörder. Im Schlußwort beschimpfte er den Diskussionsredner mit „grüner Junge“ (dieser war von 1914 bis 1918 Kriegsteilnehmer). Natürlich wurde die Erregung der anwesenden vier KPD-Kameraden immer größer, so daß dem Herrn General schon angst wurde, und er auf das Platzt aufmerksam machte, auf dem zu lesen war: „Kommunisten haben keinen Zutritt!“ Nun forderte ein KPD-Kamerad die Anwesenden auf, den Saal zu verlassen. Ein Teil folgte der Aufforderung. Muschiol hatte das Nachsehen. Die Arbeiter lassen sich nicht mehr von der SPD einfeilen, weil sie erkennen, daß die kommunistische Partei allein die Interessen der Arbeiter vertritt und neben ihr der KPD gegen die imperialistische Kriegsgefahr kämpft.

Gesunden. In der Zeit vom 6. bis 12. August 1928 sind in den städtischen Autobussen folgende Sachen gefunden worden: 1 Beutel Tee, 1 Eimer, 1 Stück Kabel, 1 Aktentasche, 1 Spazierstock, 1 Kinderhandtäschchen, 2 Herrenhüte, 1 Regenschirm, 1 Zigarrentasche mit Inhalt. Die Sachen können in den Dienststunden im Betriebsamt, Löwenstraße 6, abgeholt werden.

Beuthen

1911 Arbeitslosen. In der Berichtszeit vom 2. bis 8. August waren beim Arbeitsamt insgesamt 1537 männliche und 374 weibliche Personen in der Arbeitslosenversicherung und 116 männliche und 43 weibliche in der Krisenfürsorge standen. Außerdem wurden an 896 bzw. 139 Familienangehörige der Hauptunterstützungsempfänger Zuschläge gezahlt. Vermittelt wurden in der Berichtszeit 214 männliche und 111 weibliche Personen, und zwar in der männlichen Abteilung: 15 landwirtschaftliche Arbeiter, 70 Bergarbeiter, 7 Schlosser, ein Tischlergeselle, 12 Bauhandwerker, 27 Ausbittler, vier Zeitarbeiter und 78 ungelernete Arbeiter. In der Berichtswoche hat sich die allgemeine Lage nicht wesentlich geändert.

Kreuzburg

Arbeiter, Teil 1: Gar häufig werden jetzt von evangelischer Seite für die verschiedenen Bünde Hausansammlungen vorgenommen. Diese Gelder, die durchaus nutzlos verpulvert werden, sind eurer schwer verdienten Steuern. Darum haltet die Taschen zu!

Verfassungsfest. Die hiesige Verfassungsfest war eine große Pleite. Lediglich die Behörden und wenige Menschen füllten den Saal des Eiscafés. Darunter natürlich einige fromme SPD-Mitglieder. Die Besetzung an den Schulen und staatlichen Gebäuden war spärlich. Selbst treue Republikaner hatten das Flaggen verzeihen.

„Winterhilfsmassnahmen für die Kriegsopter“, meldet die bürgerliche Presse. Wie in vorigem Jahre, so sollen auch für dieses Jahr

Mittel bereitgestellt werden, aus denen den Kriegsbeseidigten und Kriegserwitwen Vorschüsse zur Eindeckung der Wintervorräte (Holz, Kohlen, Kartoffeln) gegeben werden. Diese Vorschüsse werden durch entsprechende Abzüge von der Zufahrt wieder zurückgezahlt, und zwar bis März 1929. Praktisch ist es gar keine große Hilfe, da doch den Betroffenen der Vorkauf von ihrer Rente abgezogen wird.

Oppeln

Zwei Todesurteile bestätigt

Das Reichsgericht verwarf dieser Tage die eingelegte Revision gegen zwei Todesurteile von zwei Oppelner Gefängnisinsassen und bestätigte damit diese Urteile. Es bleibt nur noch der Gnadenweg, der beschritten werden kann. Die Revision stützte sich darauf, daß ein Geschworener bei der Verhandlung geschlafen habe. Das Reichsgericht verneinte diese Frage, da die angelegten Ermittlungen nichts Belastendes für die Geschworenen ergeben haben. Die vorläufige Überlegung der Tat wurde bejaht, da der Täter die für und gegen die Tat sprechenden Umstände genau abgewogen hat und trotzdem zu deren Ausführung gekommen ist.

Genosse Girndt, der als Mitglied des Gefängnisbeirates in Oppeln kürzlich erst die beiden Todesurteile im Gefängnis besuchte, schreibt darüber im „Eisenbahner-Echo“ vom 14. Juli d. J.:

„Da sitzt ein junger Mensch, 21 Jahre alt, er hat auf Geheiß seiner 40jährigen Schwester den Schwager, also deren Mann, der in Vorharn arbeitete, erschossen. Die Schwester sitzt im gleichen Gefängnis in der Frauenabteilung. Beide sind zum Tode verurteilt und warten lebendig noch auf Revision oder Gnadenentscheid. Im günstigsten Falle werden beide zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Die zum Tode verurteilte Frau hat mich flehenlich, ob ich ihr nicht helfen könnte. Sie lebte nach ihren Angaben sehr schlecht mit dem Manne, dem sie drei Kinder geboren habe, die alle noch leben. Oft habe er sie mit der Axt bedroht; sie habe deshalb den Bruder aufgefordert den Mann zu erschlehen. Das Leben sei unerträglich gewesen. Heute bereue sie alles.“

Da es sich in diesem Falle um eine fromme Frau handelt, die nach den Lehren der katholischen Kirche die Ehe unter keinen Umständen trennen durfte, kam sie auf den Gedanken eines derartigen Verbrechens. Würde es nicht, wenn Vernunftsgründe noch einen Sinn haben, in diesem Falle besser sein, die Ehe, die ja irgendwie schon längere Zeit keine mehr war, so wie das heute in Sowjetrußland ist, kurzerhand gelöst worden wäre? Die wirklichkeitsfremde Auffassung und Sitte der Kirche sowie die bestehenden Gesetze haben hier zwei Menschen zu Verbrechern gemacht, die nun für ihr ganzes Leben hängen müssen, und der Tote ist ebenso nur ein Opfer dieses widernatürlichen Ehezwanges. Hunderte und Tausende ähnlicher Fälle, die vielleicht nicht ganz so schlimm ausgehen, könnten angeführt werden, wo die heutige Ehegesetzgebung zu einer Folter wird. Es ist höchste Zeit, daß auch da Wandel geschaffen wird und die Beratungen des Ehegesetzes im Reichstag von der wertvollen Klasse, so weit das in einem kapitalistischen Staate möglich ist, beeinflusst werden.“

Absmarsch des KPD zur Fahnenweihe nach Agl. Neudorf am Sonntag, dem 19. August vom Wilhelmplatz um 13 Uhr mit Kapelle. Die Parteigenossen und mit uns sympathisierenden Arbeiter werden aufgefordert, sich daran zu beteiligen.

Feststellung. Angehörige der Frau Franziska Jurek, wohnhaft auf der Karstraße, legen Wert darauf, festzustellen, daß sie nicht, wie in der Nr. 8 unserer Zeitung von diesem Jahre angegeben, zu der Zeit in Polen gelebt hat, sondern in Oppeln. Unsere Nachprüfung beim Einwohnermeldeamt Oppeln hat ergeben, daß die Frau Jurek daselbst vom 16. 2. 27 als in Oppeln wohnend eingetragen ist.

Der braucht Nachhilfe? Das hiesige Wohlfahrtsamt schreibt: Es wird hiermit erneut bekanntgegeben, daß zur Ermittlung und Verleihung des Bedürfnisses nach Kleinpachtgärten sich sämtliche Gartenpachtbewerber an den 1. Vorsitzenden des Kleingartenvereins für Oppeln und Umgegend, Herrn Regierungsobersekretär Lind, hier, Zimmerstraße 13, möglichst schriftlich zu wenden haben.

Ost-Oberschlesien

Verhärzung des Hüttenmännerkreises

Der Streik der Hüttenmänner und Zimmerleute, der bereits vierzehn Tage dauert, hat eine Verschärfung erfahren, indem sich die Zahl der Streikenden von 2000 auf 2500 erhöht hat. Die Hüttenverwaltungen haben bereits eine Anzahl der Streikenden entlassen und Ertrag aus Kongresspolen sowie aus Pomerellen eingekauft. Am Donnerstag fanden zwischen den Streikenden und den Hüttenverwaltungen beim Demobilisierungskommissar Verhandlungen statt. Von gewerkschaftlicher Seite verlautet, daß unter keinen Umständen von den gestellten Forderungen abgegangen werden wird.

Verhaftung im Nord. Im Februar d. J. war bei Egersfeld, Kreis Bytnitz, der Fleischermeister Siga in bestialischer Weise ermordet und beraubt worden. Die Täter wurden bereits nach einigen Tagen ermittelt und festgenommen. Es waren dies die Arbeiter Paschol, Wipra und Nischka. Alle drei legten ein volles Geständnis ab. Die Bytnitzer Strafkammer fällt gestern gegen alle drei sowie gegen die Ehefrau des Paschol, die der Bestrafung angeklagt war, das Urteil: Paschol wurde zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt, Wipra zu zehn Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, Nischka zu sechs Jahren Zuchthaus und die Ehefrau Paschols zu sechs Monaten Gefängnis. Gegen Paschol hatte der Staatsanwalt Todesstrafe beantragt.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Oppeln. Jelle Stadt, Freitag, den 17. August, im bekannten Sitzungssaal Jellenversammlung.

Noter Frontkämpfer-Bund

Ag. Neudorf. Sonntag, 19. August, Fahnenweihe des KPD.

Sonstige Organisationen

Oppeln. Freibitzer. Die für Sonntag festgesetzte Versammlung fällt aus.

Arbeitersport

Vorschau für Sonntag

Ein interessantes und spannendes Spiel wird sich in T e b n i z abspielen, wo sich Tische I und KPD. Freiheit I treffen. Den besseren Gegner vorauszusagen, würde verfehlt sein. Wahrscheinlich dürfte ein Unentschieden das Resultat sein. Vorher spielen die zweiten Mannschaften.

Gesellschaftsspiele am 19. August

- 17,00: Stern I — WFD. I, Gräbchen, Kronig
- 15,00: Stern II — WFD. II, Gräbchen, Skowoned
- 10,00: Stern III — WFD. III, Gräbchen, Weil
- 10,00: 1921 III — Silesia-Riders III, Weibelpart, Reimann R.
- 15,00: 1921 II — Silesia-Riders II, Weibelpart, Gübner
- 17,00: 1921 I — Silesia-Riders I, Weibelpart, Lober
- 17,00: Wader I — WFD. I Dels, Weibelpart, Klose
- 15,00: Wader II — WFD. II Dels, Weibelpart, Demnig
- 17,00: FSB. I — Tasmania I, Weibelpart, Pohl M.
- 15,00: FSB. II — Tasmania II, Weibelpart, Serined
- 9,30: FSB. Jugend — Tasmania Jugend, Weibelpart, Densel
- 10,00: Wader III — Sildost III, Weibelpart, Schmiade
- 17,00: West I — Herta I, Eichenpart, Falkin
- 15,00: West II — Herta II, Eichenpart, Eiskner
- 14,00: West Jugend — Sildost Jugend, Eichenpart, Grünher

Berein für Leibesübungen 1920. Freitag, den 17. August, Volkversammlung im Vereinslokal Gohl, Klein-Gandau. Aufstellung der Mannschaften zur Serie. Sämtliche Jersey sind mitzubringen.

NSA. Breslau Sildost 1919 E. B. Am Freitag, dem 17. August, 20 Uhr, findet in Lettenhof im Vereinslokal bei Conrad eine Vollerversammlung statt. Die Tagesordnung ist von großer Wichtigkeit betreffend Mannschaftsaufstellung zur Serie. Wer nicht erscheint, wird nicht berücksichtigt. Unentschuldigtes Fehlen wird bestraft.

Erster Arbeiter-Angler-Berein Breslau E. B. Zum Angler-treffen in Ohlau. Abfahrt: Sonntag, den 19. August 5,25 Uhr vom Hauptbahnhof. Sonntagsfahrkarte lösen! Radfahrer ab 4,35 Uhr Endstation der Elektrischen in Klein-Tschansch. Meldungen nimmt der erste Vorsitzende entgegen.

Sportvereinigung Nord-Ost 03 E. B. Jiu-Jitsu. Freitag, den 17. August, geht der Kurus für Fortgeschrittene in der Turnhalle der Andersen-Schule und Mittwoch Turnhalle Dfener Straße weiter. Teilnahmeberechtigt sind nur Mitglieder der Sportvereinigung Nord-Ost. Anmeldungen werden daselbst angenommen. Sonntag, den 19. August, Treffpunkt früh 6,30 Uhr Königgräber Straße zum Ausflug per Rad nach Obernig. Freunde und Gönner unserer Vereinigung sind gern willkommen.

Touristenverein „Die Naturfreunde“ e. B. Freitag, den 17. August, Mitgliederversammlung, Lieberabend. Sonntag, den 19. August, Badetour nach Pleischwitz. Abgang 6 Uhr Klein-Tschansch (Endstation Linie 5). Führer Wittner.

Arbeiter-Kultur- und Sportklub Dels. Freitag, den 17. August, findet im „Oberhiesler“ eine wichtige Monatsversammlung statt. Es ist Pflicht eines jeden Delegierten, pünktlich 20 Uhr zu erscheinen. Am 19. Uhr findet die Vorstandssitzung statt.

Arbeiter-Sportverein „Stern“ Jirlau. Die Spiele am Sonntag wurden alle flott und fair durchgeführt und folgende Resultate erzielt: Stern Jgd. — Weichstein Jgd. 2:0; Stern II — Weichstein II 0:3; Stern I Weichstein I 5:1. Für Sonntag, den 19. August, ist anlässlich des Bezirksportwettagess Spielverbot. Zahlreiche Beteiligung unserer Mitglieder an demselben ist erwünscht. Freitag, den 17. August, hat alles im Mannschaftsbund zu erscheinen.

FSB. Liebau I — Herta Breslau I 1:3 (0:0). Bei herrlichem Fußballwetter und vor fast 300 Zuschauern lieferten sich obige Mannschaften einen scharfen, aber dem Arbeitersport würdigen Kampf. Herta-Breslau war eine ganze Klasse besser wie Liebau. Der große Eifer und die zähe Ausdauer schützten Liebau vor einer höchst Niederlage. Den Breslauer Sportgenossen danken wir hierdurch nochmals für ihren Besuch mit einem kräftigen Frei Heil! Als zweites Spiel am vergangenen Sonntag standen sich Liebau II und Zellhammer II gegenüber. Liebau konnte dieses Treffen mit 2:1 (0:1) gewinnen.

Verantwortlich für den hiesigen Teil: Kurt Dombrowski, für den Kreis- und „Berichte im Kampf“ und „Waldenburg“ Wilhelm Dombrowski, für „Gleiwitz“ und die hiesigen Beilagen Friedrich Böhm, für die „Ost-Oberschlesischen Zeit“ Theodor Keller, Gleiwitz. — Für Inserate: Dr. Kurt Dombrowski.

Deutsche Massenproduktion von Flugzeugen

Die deutsche Flugzeugindustrie scheint einen neuen Aufschwung zu erleben. Nach dem Weltkrieg des Ozeanfluges und der Dauerweltrekord mit einem Junkers-Flugzeug wird nun auch im nächsten Monat, fast zehn Jahre nach Ausbruch des Weltkrieges, zur „Hebung des Flugwesens in Deutschland“ und zur Propaganda für die deutsche Flugzeugindustrie in Berlin eine große internationale Flugzeugausstellung stattfinden, die alle bisherigen ähnlichen Veranstaltungen übertreffen soll.

Kusgerechnet im „abgerüsteten“ Deutschland, wo die Flugzeugherstellung nach Kriegsende jahrelang verboten war und auch jetzt noch die offene Erzeugung von Flugzeugen, die zur Kriegführung bestimmt sind, auf Grund der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages verboten ist, steht die deutsche Flugzeugindustrie mit dem entschiedenen Willen zu schnellster erweiterter Expansion auf. Es sei in diesem Zusammenhang daran erinnert, daß vor noch nicht zwei Jahren das größte deutsche Flugzeugunternehmen, die Junkers-Flugzeug-AG, vor dem Bankrott und der Schließung ihrer Werke zu stehen schien. Das konnte nicht überraschen; denn in England, Frankreich, Amerika sind die ausschlaggebenden und gut zahlenden Massenabnehmer für die Flugzeugindustrie die Kriegsmilitärministerien des eigenen Landes, während der Absatz von friedlichen Verkehrsflugzeugen und erst recht der Export von Flugzeugen im Verhältnis zur Flugzeugfabrikation nur gering ist. Die Kriegskontinuität für die Flugzeugunternehmer hat in den Entente-Staaten auch in den jetzigen „Friedenszeiten“ angehalten, entsprechend den verstärkten Rüstungen gerade für den Luftkrieg. Demgegenüber hat der Ausfall von Militärlieferungen, die Beschränkung des Inlandsabsetzes den deutschen Flugzeugunternehmungen besonders weitgehende Rationalisierungsmaßnahmen aufgezwungen, die zum Teil wenigstens jene Schwächen und das Zurückbleiben der deutschen Flugzeugindustrie aufhalten sollten.

Wie hat dennoch die deutsche Flugzeugindustrie bestehen können?

Zunächst einmal wurden von Staats wegen sehr hohe Subventionen an die Flugzeugindustriellen gezahlt. Das sollte ein Ausgleich für den Gewinnausfall durch den behinderten Verkauf von Kampfflugzeugen an die deutsche Reichswehr sein. Bis zum Jahre 1926 hat vor allem die Junkers-Gesellschaft jene Staatsunterstützung erhalten. Die besonders großen Verluste der Junkers-Werke aber, wofür der Professor Junkers als einziger Privataktionär das Deutsche Reich haftbar machen wollte, zusammen mit der Konkurrenz der übrigen Flugzeugunternehmungen haben jedoch zu einer gründlichen Umwandlung des Flugkapitals in Deutschland geführt. Die Junkers-Luftverkehrs-AG wurde im Jahre 1925 mit der Deutschen Aero-Lloyd-AG zu der neugegründeten Luftverkehrsgesellschaft verschmolzen. Hierdurch wurde für ganz Deutschland eine einzige zentrale Fluggesellschaft geschaffen. In dem räumlich kleineren Frankreich z. B. gibt es vier selbständige Fluggesellschaften.

Sene Deutsche Luftverkehrsgesellschaft bedeckt planmäßig ganz Deutschland mit Flugplätzen und Fluglinien, so daß heute bereits in Deutschland ein viel dichteres Flugnetz existiert als eben in England, Frankreich oder Amerika. Die Zahl der Verkehrsflugzeuge der Luftverkehrsgesellschaft übersteigt die Zahl der entsprechenden Verkehrs- und Transportflugzeuge der Fluggesellschaften in irgendeinem anderen europäischen Lande.

Verkehrsflugwesen in Deutschland und im Auslande

	Deutschl.		Engl.		Frankreich	
	Luftverkehrsgesellschaft	Imperial Airways	Empire State	Imperial Airways	Compagnie des Messageries	Compagnie des Messageries
Zahl d. Flugzeuge	120	20	20	—	33	—
Geflogene Kilometer (1927) in 1000	6140	1173	392	—	894	—
Geflogene Kilometer je Flugzeug 1927 in 1000	51,1	58,6	19,6	—	23,5	—
Streckenkapital in 1000 M.	21 962	9456	160	1320	992	3200
Streckeneinheiten in 1000 M.	14 163	2740	688	3580	1876	4207
Streckeneinheiten je Flugkilometer	2,31	2,34	1,76	2,10	2,47	1,47
Streckeneinheiten in % der Gesamtanzahl	70	58	72	81	54	77

Die Deutsche Luftverkehrsgesellschaft besitzt also über sechsmal soviel Verkehrsflugzeuge wie die große englische Fluggesellschaft oder 28 Prozent sämtlicher Verkehrsflugzeuge der Welt. Sie verfügt auch dank der reichen Staatssubventionen über das größte Aktienkapital und reiche Geldmittel. Deswegen kann die Luftverkehrsgesellschaft die modernsten Flugzeuge anschaffen und weitgehende Mittel für Ausbildung von Piloten usw. hergeben. Es ist sehr beachtenswert, daß in der Bilanz der Luftverkehrsgesellschaft ein jährlicher Abschreibungsatz für Flugzeuge in Höhe von 47 Prozent vorgesehen ist, gegenüber 3 bis 18 Prozent bei den französischen Fluggesellschaften und 45 Prozent bei Imperial Airways. (Bei 28 Prozent aller Verkehrsflugzeuge 49 Prozent Gesamtabsetzung im Weltmaßstab.)

Sämtliche Regierungssubventionen fließen nun allein an die Deutsche Luftverkehrsgesellschaft. Im Jahre 1927 wurden allein 12 Millionen Mark aus der Reichskasse an die Luftverkehrsgesellschaft überwiesen. Außerdem werden aber noch von den einzelnen Kommunen große Zuschüsse für Flugplätze und einzelne Fluglinien gewährt.

Mit dieser Verwendung von Steuergeldern für einen privaten Industriezweig ist die ganze deutsche Bourgeoisie einbezogen. Es ist charakteristisch, daß im Deutschen Luftverkehrsgesellschaft neben den Regierungsvertretern gerade die Kapitalgruppen sitzen, die die reinen Vertreter des neuen deut-

schen Imperialismus sind, nämlich die Beherrscher der Großbanken und Industrietrusts, neben dem einzigen „reinen“ Flugzeugindustriellen Junkers.

Aus der Liste der Aufsichtsräte der Luftverkehrsgesellschaft

folgende Namen mitgeteilt: J. Goldschmidt (Darmstädter und Nationalbank), Louis Hagen (Rheinischer Großbankier), C. Herter (Kommerzbank), Nathan (Dresdener Bank), v. Raumer (Geschäftsführer des Zentralverbandes der deutschen elektrotechnischen Industrie), v. Siemens, Schwabach (Mitinhaber bei Reichsdröben, 42. facher Aufsichtsrat), Dr. Sippel (Distonto-Ges.), Solmssen (Distonto-Ges.), 49. facher Aufsichtsrat), v. Stauff (Deutsche Bank), Mamroth (im Vorstand der AG).

Durch die Luftverkehrsgesellschaft erhalten die deutschen Flugzeugwerke indirekt den größten Teil der Staatsgeschenke. Denn die Luftverkehrsgesellschaft ist der wichtigste Abnehmer für die deutsche Flugzeugindustrie. So wird eine paritätische Verteilung der Millionen-geschenke an die verschiedenen Flugzeugindustriellen angestrebt, während bis 1925 vor allem nur Junkers von der Steuerkasse ausgehalten wurde. Prof. Junkers hat allerdings bei der Bildung der Luftverkehrsgesellschaft, die ja nicht nur Junkers-Flugzeuge kauft, ein großzügiges Millionengeschenk von der Reichsregierung erhalten. Das Reich hatte nämlich 60 Prozent der Aktien der Junkers-Flugzeugwerke AG für etwa 105 Millionen Mark aufgekauft und dem Prof. Junkers ohne einen Pfennig Gegenwert überlassen, so daß er heute einziger Aktionär und Beherrscher der Junkers-Flugzeugwerke in Dessau ist.

Die Junkers-Werke

Diese ist zweifellos das bedeutendste Flugzeugunternehmen in Deutschland. Junkers hat einen teilweisen Ausgleich für den vorläufigen Ausfall deutscher Militärlieferungen durch verstärkte Betätigung im Auslande gefunden. Zu diesem Zwecke hat er in den Dessauer Werken weitgehende technische Verbesserungen und Rationalisierungsmaßnahmen eingeführt. Zur Hebung des Auslandsabsetzes sind von ihm zahlreiche Fluglinien im Auslande, z. B. durch Subventionen der betreffenden Auslandsstaaten organisiert worden (Türkei, Persien). Aber

auch eine Reihe von Flugzeugwerken im Auslande sind von Junkers unterstützt und zum Teil mit seiner Beteiligung gegründet worden.

Im Jahre 1927 hat Professor Junkers mit Henry Ford Verhandlungen geführt über gemeinsame Massenproduktion von Flugzeugen in Amerika bei Ausnützung der Erfahrungen und Patente von Junkers, die besonders für Bombenflugzeuge wertvoll sein sollen. Im Zusammenhang mit diesen Verhandlungen und als Folge der alten persönlichen Differenzen zwischen Junkers und den deutschen Regierungsstellen und der Luftverkehrsgesellschaft wurde damals das Gerücht von einer „Auswanderung“ von Junkers nach Amerika verbreitet. Abgesehen davon, daß die Dessauer Flugzeugwerke sich nicht in Rissen einpacken und exportieren lassen, wollte Junkers mit jenen Amerikanerhandlungen zweifellos nur ein engeres Verhältnis mit dem größten Massenabnehmer von Flugzeugen, nämlich den Armeebeständen des amerikanischen Imperialismus, herstellen und so gleichzeitig seine für die Herstellung von Bombenflugzeugen wichtigen technischen Erfahrungen möglichst profitabel verwerten.

Es gibt aber neben Junkers in Deutschland noch eine Reihe anderer Flugzeugunternehmungen, die zum Teil nach Kriegsende im benachbarten Auslande (Holland, Schweiz) die Flugzeugproduktion aufgenommen hatten. Wer gehört noch zu dieser bei neuen Kriegen so überaus wichtigen Gruppe des Rüstungskapitals? Das geht aus einer Mitgliederliste des Reichsverbandes der Deutschen Luftfahrtindustrie hervor. Ihm gehören an u. a.: Siemens u. Halske, die Albatros-Werke AG, die Bayerischen Motorenwerke AG, Dornier, Rohrbach, Heinkel.

Es ist nicht überraschend, daß der große Elektrokonzern Siemens auch zu dem Flugzeugkapital gehört? Nun, der wichtigste und am schwierigsten herstellbare Teil am Flugzeug ist der Motor. Deswegen haben auch zahlreiche Flugzeugfabriken sich relativ leicht auf Friedensproduktion umstellen können. Die schnelle Massenherstellung der Flugzeugteile dürfte aber am wenigsten Schwierigkeiten bereiten.

Während im Kriegsfalle die deutsche chemische Industrie die gefährlichsten Giftstoffe für Bomben und Granaten in größten Mengen sofort liefern kann, besteht auch gleichzeitig die Möglichkeit, in Deutschland selber in kürzester Zeit wieder die Massenherstellung von Bombenflugzeugen aufzunehmen.

Milliardenanleihe der Sowjetunion

Ein neuer Schritt in der sozialistischen Aufbauarbeit

Das Zentralkomitee der Sowjetunion hat beschlossen, zum 1. September eine neue Anleihe für die Industrialisierung Sowjetrußlands aufzulegen. Die Anleihe, die ganz durch die inneren Kräfte des Landes aufgebracht werden soll, beträgt nicht weniger als eine halbe Milliarde Rubel (über eine Milliarde Mark).

Dieser Entschluß ist eine schlagende Widerlegung der dummen Hege der sozialdemokratischen Presse über den drohenden Zusammenbruch der Sowjetwirtschaft. Jeder Arbeiter begreift, daß ein Staat, der in der Lage ist, eine Milliardenanleihe im Inlande aufzunehmen, und diese Anleihen für die Zwecke der Industrialisierung zu verwenden seinen „Zusammenbruch“, seine „Zerrüttung“ der Wirtschaft zu befürchten hat. Im Gegenteil. Die Milliardenanleihe der Sowjetunion ist ein Beweis für das starke Vertrauen zu den schöpferischen Kräften der Sowjetwirtschaft, ein Beweis für den unaufhaltenden Fortschritt in der sozialistischen Aufbauarbeit.

Die erste Industrialisierungsanleihe, die im vorigen Jahr aufgelegt wurde, betrug 200 Millionen Rubel und wurde zum vorgeesehenen Termin ganz unterzeichnet. Der tatsächliche Ertrag der Zeichnung ergab etwas mehr als den Betrag der Anleihe.

Dieser Umstand, sowie die Tatsache, daß der Steuerplan im Laufe des letzten Wirtschaftsjahres ohne Schwierigkeiten vollkommen durchgeführt wurde, hat in Verbindung mit anderen günstigen Momenten dazu beigetragen, daß der bedeutende Beschluß, eine 500-Millionen-Rubel-Anleihe aufzulegen, gefaßt werden konnte. Während die letzte Anleihe nur zum Zwecke der Industrialisierung der Stadt aufgelegt wurde, wird jetzt betont, daß die neue Anleihe auch zur Industrialisierung der Landwirtschaft dient, und damit das Bündnis der Arbeiterklasse und Bauernschaft von einer neuen Seite aus unterstützt.

Die sozialdemokratische Presse, die seit Wochen mit einer noch nie dagewesenen Geschäftigkeit und Verlogenheit die Hege gegen die Sowjetunion führt, bringt spaltenlange Berichte über irgendwelche Missetaten in einer Fabrik oder in einem Ort der tiefen Sowjetunion. Ueber eine solche gewaltige Tatsache, wie die Ausdehnung der Milliardenanleihe in der Sowjetunion, berichtet sie in einigen unauffälligen Zeilen. Die deutschen Arbeiter haben Gelegenheit, die zwei Wege des Aufbaus zu vergleichen. In Deutschland wurde der Wiederaufbau des Kapitalismus mit Hilfe von Milliardenauslandsanleihen vollzogen, die Deutschland dem Dollarimperialismus tributpflichtig machen und deren Kosten die Werkstätten Deutschlands bezahlen. In Sowjetrußland bringen die Massen eine Milliardenanleihe auf, die dem Aufbau der sozialistischen Industrie und der sozialistischen Beeinflussung der Landwirtschaft dient.

Die Durchführung des Anleiheplanes wird zweifellos eine gewaltige organisatorische und propagandistische Arbeit erfordern. Wir zweifeln aber nicht daran, daß der Erfolg nicht ausbleiben wird. Die werktätigen Massen der Sowjetunion, städtische Arbeiter, Landarbeiter, arme Bauern und ein großer Teil der Mittelbauern werden ihre Ersparnisse ohne Bedenken durch Zeichnung der neuen Milliardenanleihe nutzbringend verwerten.

Der sozialistische Aufbau marschiert vor-

wärts trotz konterrevolutionärer Sabotage, trotz aller bürgerlichen Blockade und sozialdemokratischen Verleumdungshege.

Die Riesengewinne von General Motors

Wie Alfred P. Sloan, Präsident der General-Motors-Corporation, mitteilt, beträgt der Reingewinn der Gesellschaft im ersten Halbjahr 1928 161 267 974 Dollar gegen 129 250 207 Dollar im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Zunahme beträgt also 24,8 Prozent. Nach Abzug der Vorzugsdividenden verbleibt zur Verteilung auf die Stammaktien ein Betrag von 156 565 974 Dollar oder 9 Dollar je Aktie gegen 7,18 Dollar je Aktie im ersten Halbjahr des Vorjahres.

Im zweiten Viertel dieses Jahres betragen die Einnahmen 91 799 389 Dollar gegen 76 689 799 Dollar im gleichen Zeitraum 1927.

In den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres wurden von den Händlern an Verbraucher 1 062 733 Wagen verkauft gegen 840 481 Wagen im ersten Halbjahr 1927. Die Zunahme der Verkäufe beträgt 26,4 Prozent. An die Händler wurden in den ersten sechs Monaten 1 083 313 Wagen verkauft gegen 883 477 Wagen im Vorjahre oder um 22,6 Prozent mehr. In der Halbjahresbilanz der General Motors sind u. a. Gelder und marktgängige Wertpapiere mit 264 383 668 Dollar ausgewiesen. Das reine Arbeitskapital der Gesellschaft betrug 320 366 533 Dollar, also um 47 422 677 Dollar mehr gegen den 31. Dezember 1927. In dieser Zahl ist die am 3. Juli 1928 ausgeschüttete Extradividende im Gesamtbetrag von 34,8 Millionen Dollar nicht einbezogen.

In sechs Monaten über 685 Millionen Mark Reingewinn und über 143 Millionen Mark mehr als ein Jahr vorher. Das macht für das ganze Geschäftsjahr 1 1/2 Milliarden Mark: herausgeholt aus der Fließbandtortur der Arbeiter von General Motors, des gegen Ford siegreichen Automobiltrusts.

Die deutschen Arbeiter von General Motors wissen ein Lied davon zu singen, was an Erschöpfung von Muskel- und Nervenkraft 685 Millionen Mark Reingewinn in sechs Monaten bedeuten.

Der Weltschiffsbestand

Die neue Ausgabe von Lloyds Register, die autoritative Angaben über den Weltschiffsbestand enthält, ist soeben erschienen. Danach ist gegenwärtig ein Bestand von 32 800 Schiffen mit einer Gesamttonnage von 66 951 659 Tonnen vorhanden.

Von diesem Gesamtchiffsbestand besitzen Großbritannien und Irland 19 875 350 Tonnen, das sind 30,3 Prozent der in der Welt vorhandenen Dampf- und Motorschiffe. Es folgen die Vereinigten Staaten mit 21 Prozent, Japan mit 6,4 Prozent, Deutschland mit 5,7 Prozent, Italien mit 5,1 Prozent, Frankreich mit 5 Prozent, Norwegen mit 4,5 Prozent, Holland mit 4,3 Prozent. Die vorhandenen Segelschiffe erreichten nur ein Verhältnis von 2,7 Prozent zur übrigen Welttonnage.

Die großen Schiffeinheiten von 15 000 Tonnen und mehr repräsentieren lediglich 4,2 Prozent der Welttonnage, davon gehörte über die Hälfte zu England. Die Weltmotor-tonnage betrug 9,1 Prozent der Dampfschiffstonnage. In dieser Kategorie hat Dänemark mit 37,9 Prozent die erste Stelle kurz vor Schweden und Norwegen inne.

Hinter den Kulissen des Sozialist. Kongresses

Der Streit um die Rheinlanddräumung in Brüssel

Von Walter Stöcker

Die sozialdemokratische Presse hat als einen großen Erfolg des Brüsseler Kongresses die Einmütigkeit zwischen der deutschen und der französischen Sozialistischen Partei über die sofortige und bedingungslose Räumung des Rheinlandes hingestellt. In Wahrheit zeigte gerade die Verhandlungen über die Rheinlanddräumung die tiefen nationalistischen Gegensätze, die die ganze Zweite Internationale zerreißt. Die Reformisten haben sich allerdings bemüht, diese Klüfte nach außen möglichst ein wenig in Erscheinung treten zu lassen. Um so mehr haben wir Veranlassung, den Arbeitermassen den wahren Sachverhalt aufzuzeigen, der sich zum Teil im Plenum des Kongresses, zum Teil aber in den vertraulichen und geheimgehaltenen Verhandlungen der politischen Kommission abspielte.

Die Deutschen müssen erst die sofortige und bedingungslose Räumung fordern

In dem von der Exekutive vorgelegten Entwurf des politischen Antrags war zunächst unter dem Einfluß der Franzosen und Belgier keineswegs von der sofortigen und bedingungslosen Rheinlanddräumung die Rede, sondern dieser Entwurf enthielt nur folgende verschwommene Formulierung:

„Es ist die Internationale, die eben jetzt bemüht ist, die Regierungen zur Erfüllung ihrer Versprechungen über die obbligatorische Schiedsgerichtsbarkeit, die allgemeine Abrüstung der Völker und die vollständige Liquidierung des Krieges, insbesondere zur Räumung des Rheinlandes und die Wiederherstellung der deutschen Verwaltung im Saargebiet zu zwingen.“

Bei der Beratung dieses Absatzes stellte im Auftrag der deutschen Delegation die Abgeordnete Toni Sender den Antrag auf Einfügung der Worte „sofortige und bedingungslos“.

Erregte Ablehnung durch die Franzosen Grumbach und Auriol

Dieser Antrag verurteilte eine heftige Auseinandersetzung. Der französische Poincaré und Fernand Boncour, der Abgeordnete Grumbach, antwortete in erregter Weise, daß die Franzosen natürlich für die Rheinlanddräumung seien. Es sei aber unmöglich, eine derartige Forderung in einem Aufruf der 2. Internationale aufzunehmen, da man mit dem heftigsten Widerstand in großen Teilen des französischen Volkes und besonders der nationalistischen Presse rechnen müsse! Man müsse sich damit begnügen, daß die Forderung der Rheinlanddräumung im Wahlprogramm der Partei stehe. Einer Aufnahme dieser beiden Worte in den Aufruf könne er unmöglich seine Zustimmung geben.

Nach Grumbach sprach sich dann genau so einer der führenden Abgeordneten der französischen Parlamentsfraktion, der Reformist Auriol, aus. Er behauptete zunächst, die französischen Sozialisten hätten sich immer gegen die Rheinlandbesetzung ausgesprochen. Dann wies er darauf hin, daß die im Aufruf vorgeschlagene Fassung viel weitgehender sei als die von der Vierländer-Konferenz in Luxemburg angenommene Resolution. Eine Propaganda nach sofortiger Räumung gebe den Nationalsozialisten in Frankreich die beste Waffe in die Hände. Man solle doch bedenken, was es bedeuten würde, wenn die französischen Sozialisten die sofortige und bedingungslose Räumung forderten, die unter sozialdemokratischem Einfluß stehende deutsche Reichsregierung unter Hermann Müller aber auf gewisse Bedingungen eingehen würde, was ja doch ziemlich sicher sei. Dann könnte die gesamte französische Presse mit Recht erklären, die französischen Sozialisten setzten sich mehr für die Interessen Deutschlands ein, als die deutschen Sozialdemokraten selbst. Man könne unmöglich von ihnen verlangen, daß sie sich einer derartigen Hebe auslieferen. Aus diesen Gründen sei auch er gegen die Formulierung „sofortige und bedingungslos“. Man müsse den Antrag Sender ablehnen.

Otto Bauer als Vermittler

In dieser für die Reformisten sehr peinlichen Situation kam, wie üblich, Otto Bauer als Vermittler und stellte den Antrag, die Kommission zu vertragen und die Entscheidung über diese Frage der französischen Delegation zu überlassen. Dieser Entschluß sollte sich dann die politische Kommission fügen, da es unmöglich sei, eine derartige Frage durch Mehrheitsbeschluß zu erzwingen, insbesondere, da es sich um einen deutschen Antrag handele, der unmöglich gegen die französischen Stimmen angenommen werden könne. Toni Sender erklärte sich mit dem Antrag Bauer einverstanden, ebenso der Oesterreicher Seiß, worauf der Antrag Bauer angenommen wurde.

Dieser, die ganze Hohlheit und Brüchigkeit der Internationale der Sozialimperialisten aufzeigenden Szene folgten dann eine heftige Auseinandersetzung in der französischen Delegation und Verhandlungen mit der Kongressleitung. Die französischen Sozialimperialisten, die tatsächlich keineswegs für eine bedingungslose Rheinlanddräumung eintreten, forderten, daß der Antrag Toni Sender, abgelehnt werde.

Die Bedingungen der französischen Sozialimperialisten

In dieser für die Reformisten äußerst schwierigen Situation fand man dann den Ausweg, daß der Generalsekretär der Partei, Paul Faure, im Plenum des Kongresses eine Erklärung abgab, die sich zunächst für die sofortige und bedingungslose Räumung aussprach, der aber dann gleich die Verletzung der Bedingungen folgte, indem Faure den raffinierten und ausgeklügelten Abfaß des französischen Wahlprogramms über die Rheinlanddräumung verlas.

Da die Frage der Rheinlanddräumung für die gesamte europäische Arbeiterschaft von großer Bedeutung ist, geben wir im folgenden den wichtigsten Text dieser Erklärung in deutscher Uebersetzung wieder:

„Die Reparationszahlungen sind gewährleistet durch den Dawes-Plan, die Sicherheit durch den Pakt von Locarno, und der Pakt und der Dawesplan enthalten in sich selbst Garantien. Es hat sich klar herausgestellt, daß die Befestigung keine nützliche Aktion durch Ausführung des Vertrages von Versailles ist. Die Räumung muß selbst nach dem Verträge bis 1935 durchgeführt sein. Sie bis dahin zu verzögern, bedeutet, den schwersten politischen Fehler zu begehen, ohne irgend einen materiellen Vorteil zu erhalten. Wir fordern deshalb, wie wir das immer getan haben, die sofortige Räumung. Wir akzeptieren selbst nicht — wie Stresemann und Briand in Thoiry anscheinend übereingekommen sind —, daß sie durch Deutschland um

den Preis der Mobilisierung eines Teiles seiner Reparationsschulden erkaufte werde. Es liegt im Interesse Frankreichs, Deutschlands und des Friedens, daß diese Schulden mobilisiert und kommerzialisiert wird. Aber wir wollen vermeiden, daß finanzielle Schwierigkeiten, deren Lösung oft von ausländischen Kapitalisten abhängt, ein Hindernis sein können, für die nahe Räumung, wie sie von dem internationalen Sozialismus unaufhörlich gefordert wird.

Die sozialistischen Parteien haben immer erkannt, daß die Rheinlanddräumung praktisch verbunden war mit einer beidseitigen Lösung der Fragen der Abrüstung und der Sicherheit. Es ist zu hoffen, daß sie ohne Unruhe und ohne Hintergedanken von der französischen öffentlichen Meinung akzeptiert wird, von der ein bedeutender Teil in der militärischen Befestigung immer noch eine Sicherheitsgarantie sieht. Anstelle dieser illusorischen Garantie könnte eine wirkliche Befriedigung eingerichtet werden durch die Einrichtung einer internationalen Kontrolle. Diese Kontrolle, sobald die Umstände es erlauben, soll getragen sein von der allgemeinen Abrüstung, von der die deutsche Abrüstung nur ein Vorzeichen sein soll. Den Augenblick erwartend, wo diese gemeinsame Organisation vorhanden sein wird, und um nicht die Räumung der rheinischen Gebiete zu verzögern, hat die Luxemburger Konferenz, die im November 1926 zwischen den sozialistischen Parteien Deutschlands, Englands, Belgiens und Frankreichs abgehalten wurde, vorgeschlagen, daß der Völkerbund eine Zivilkommission von Vertretern seiner Mitgliedsstaaten — Deutschland eingeschlossen — ernennen soll. Diese Kommission wird festzustellen haben, ob das Statut der demilitarisierten Zone eingehalten wird. Keinerlei Anstrengung darf verkannt werden, um in dem baldmöglichsten Verlauf dieses Regime durch eines zu ersetzen, das rein vertraglich und legal auf der Grundlage gegenseitiger Sicherheit das System der notwendigen Feststellungen in der Anwendung der nützlichen Vereinbarungen von Locarno garantieren soll.“

Die Gegensätze zwischen der deutschen und französischen Delegation

Auf diese gerissene Erklärung hin, die der „Vorwärts“ und die sozialdemokratische Presse bis jetzt verschwiegen hat, hatten sich seinerzeit alle französischen Reformisten bis auf Grumbach und Boncour „geeignet“. Diese Einigung war angesichts des diplomatischen Wortlauts dieser Erklärung nicht schwer. Während man zunächst von bedingungsloser Räumung sprach, werden dann eben doch die Bedingungen aufgeführt: die Mobilisierung der deutschen Reparationsschulden und die Einführung einer ständigen Rheinlandkontrolle,

beides Maßnahmen, die selbst über die Bedingungen des Diktats von Versailles hinausgehen. Während die deutschen Sozialdemokraten bisher nur eine zivile Kontrolle bis 1935 zugestehen wollten, wird in der französischen Erklärung eine dauernde Kontrolle, eine Rheinlandkontrolle bis auf den St. Nimmerleinstag gefordert, da an die Einführung einer allgemeinen Völkerbunds-kontrolle im Ernst kein Mensch glaubt und die geforderte Zivilkontrolle bis zur Einführung der allgemeinen Völkerbunds-kontrolle dauern soll.

Die französischen Reformisten setzen sich durch

Die politische Kommission des Kongresses gab sich mit dieser Erklärung von Paul Faure zufrieden, so daß die französischen Reformisten ihre Forderung durchgesetzt hatten auf Ablehnung des Antrages Sender, ja, sie erreichten noch mehr, indem der ganze Satz über die Rheinlanddräumung in dem Aufruf des Kongresses überhaupt gestrichen wurde. So war die Erklärung Faures ein mit der Kongressleitung abgekartetes Mandat. Da man die von der französischen Delegation geforderten Vorbehalte und Bedingungen unmöglich in den Aufruf hineinnehmen konnte, wählte man den Ausweg der Erklärung Faures im Plenum des Kongresses.

Die deutsche Delegation nahm dieses Mandat stillschweigend hin, wäre es doch sonst wohl zum offenen Auseinanderfallen und Plagen des Kongresses gekommen. So sah die berühmte „Einheit“ aber die doch im Grunde so einfache und selbstverständliche Frage der Rheinlanddräumung aus. Auch wenn Boncour, der, obwohl als Kongress-Delegierter bestimmt, sich in Brüssel überhaupt nicht sehen ließ, unmittelbar nach dem Kongress sich öffentlich gegen die sofortige und bedingungslose Rheinlanddräumung aussprach, hat er sich damit durch aus im Rahmen der Kongress-Erklärungen verhalten.

Den sozialdemokratischen Arbeitern aber sollten diese Vorgänge endlich den wahren Charakter dieser Pseudo-Internationale zeigen: die französischen sozialistischen Führer an der Seite ihrer Bourgeoisie und die deutschen an der Seite der neudeutschen Imperialisten! Die einzige Partei Frankreichs, die tatsächlich mit Entschiedenheit und Energie den Kampf gegen den französischen Imperialismus und den Kampf für die sofortige und bedingungslose Räumung der Rheinlande seit Jahren führt, ist die kommunistische Partei Frankreichs, die dafür auch von Poincaré und der französischen Bourgeoisie gehaßt und verfolgt wird. Dugende ihrer Führer liegen in den französischen Kerkern, während Boncour, Grumbach, Auriol und Renaudel die ständigen Tischgenossen Poincarés sind.

Wissel gegen Befleidungsarbeiter

Der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister betrachtet die Lohnzulage als „zu weitgehend“

Der Deutsche Befleidungsarbeiterverband Filiale Breslau richtet an uns ein Schreiben mit der Bitte um Veröffentlichung, welchem wir folgendes entnehmen:

Der Deutsche Befleidungsarbeiterverband stellte an den Kleiderfabrikantenverband der Deutschen Herrenkonfektion vor einigen Wochen Lohnforderungen, denen sich auch die anderen Gehilfenverbände anschlossen. Da direkte Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband erfolglos waren, fanden am 18. und 19. Juli d. J. Verhandlungen am Reichsarbeitsministerium statt. Dort wurde nach 20 stündiger Verhandlung ein Schiedsspruch gefällt, der eine etwa elfprozentige Lohnzulage, ferner Verbesserungen in der Lohngruppierung enthielt. Die Arbeitnehmerverbände nahmen den Schiedsspruch mit geringer Majorität an, die Arbeitgeber lehnten diesen als zu weitgehend ab. Die Arbeitnehmerseite beim Reichsarbeitsministerium beantragte Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches wurde von diesem abgelehnt, weil der Spruch als zu weitgehend zu betrachten sei und auch formalrechtliche Bedenken vorlägen.

Der Deutsche Befleidungsarbeiterverband hat nun in allen Konfektionsplätzen Deutschlands vorbereitende Maßnahmen für einen eventuellen Streik getroffen, welcher eintritt, wenn die Arbeitgeber nicht in den nächsten Tagen einlenken.

Am Sonntag, dem 19. August, findet in Berlin eine Konferenz der Funktionäre statt, welche endgültig unsere Maßnahmen gegen die hartnäckigen Arbeitgeber beschließt.

Niemand lasse sich daher von den Arbeitgebern größere Mengen Arbeit aufdrängen; denn der Streik kann täglich eintreten.“

Wie hieß es doch vor den Mai-Wahlen? „Wählt Sozialdemokraten! Helft, einen Sozialdemokraten auf den Sessel des Arbeitsministers setzen! Ein sozialdemokratischer Arbeitsminister wird mehr Verständnis für die Arbeiter haben als der Zentrumsmann Brauns.“ Nun ist der Sozialdemokrat Wissel Reichsarbeitsminister! Was sind seine Taten?

Er hat den Arbeitszeitbeschluß für die westfälische Textilindustrie für verbindlich erklärt. Einen Spruch, den selbst das Verbandsorgan des Textilarbeiterverbandes als reaktionär und unannehmbar bezeichnete.

Er hat jetzt die Verbindlichkeitsklärung des Lohnspruches für die Herrenkonfektion abgelehnt, weil nach seiner Ansicht der Spruch „zu weitgehend“ sei. Die Unternehmer vertreten dieselbe Ansicht.

Wer will noch behaupten, daß die Befestigung des Arbeitsministeriums durch einen Sozialdemokraten irgendwelchen Vorteil den Arbeitern gebracht hat? Seine bisherige Tätigkeit war ebenso arbeiterfeindlich wie die seines Vorgängers und wird sich auch in Zukunft nicht ändern.

Die Verbindlichkeitsklärung in Sachen und die Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung in der Herrenkonfektion sind, trotz der kurzen Lebensdauer des „Kabinetts der Persönlichkeiten“, Beweis genug, daß von einer Koalition mit dem Bürgertum die Arbeiterschaft keinen Vorteil haben kann und daß das Schicksals-

system auch bei sozialdemokratischen Schlichtern und Arbeitsministern eine Fessel für die Arbeiter bedeutet, die sie auf dem schnellsten Wege beseitigen müssen, wollen sie wieder Erfolge im Kampf um Lohn und Brot erzielen.

Metallarbeiterverbandstag

Nachdem wir gestern den zweiten Verhandlungstag nur kurz besprechen konnten, lassen wir heute den ausführlichen Bericht folgen.

Am zweiten Verhandlungstag des Verbandstages der Metallarbeiter gab Schaefer vom Hauptvorstand den Klassenbericht. Zum Schluß erklärt Schaefer, daß er anlässlich der Frühjahrslöhnbewegung 1929 mit einer Gesamtaussperrung rechnet, worauf sich der Verband schon heute vorbereiten müsse. Weißig gab den Bericht des Verbandsauschusses. In den meisten Fällen der zahllosen, aus parteipolitischen Gründen vorgenommenen Ausschüsse und sonstigen Maßnahmen oppositioneller Kollegen hat sich der Verbandsauschuß dem Standpunkt des Hauptvorstandes angeschlossen. Nur in einem Fall, dem des Genossen Behlow-Köln, hält der Ausschuß die Bekämpfung des ausgeschlossenen Oppositionellen für gerechtfertigt. Obwohl Genosse Behlow ordnungsgemäß zum Delegierten auf der Vertreterversammlung gewählt worden war, hat die Ortsverwaltung Köln seine Wahl nicht anerkannt, weil er Mitglied der kommunistischen Partei ist. Weißig führt dazu aus: „Der Ausschuß ist dagegen, daß Kollegen ohne Verfahren ihrer Rechte entzogen werden. Es dürfte viel leichter anders werden, wenn der Vorschlag der Statuten-Kommission angenommen wird, nach dem die Ortsverwaltungen das Recht der Bestätigung von Delegierten erhalten. Auf Grund dieses Bestätigungsrechtes erhält künftig die Ortsverwaltung das Recht, ihr unangenehme Personen die Bestätigung zu versagen oder sie von ihrem Funktionsposten abzuberufen.“ Weißig nimmt u. a. auch zum Fall Endrle Stellung, der besonders große prinzipielle Bedeutung hat und der besonders empfindend ist. Auch Weißig stellt fest, daß dem Genossen Enderle nichts anderes zum Vorwurf gemacht werden kann, als daß er als Mitglied seiner Partei die „Rote Fahne“ der Klassenjustiz gegenüber als verantwortlicher Redakteur vertreten hat. Trotzdem hat sich auch der Ausschuß dafür entschieden, daß Genosse Enderle wegen dieses angeblich verbandsschädigenden Verhaltens ein Jahr Versammlungs- und Funktionsverbot erhalten soll. Kummer, Redakteur der „Metallarbeiter-Zeitung“, verteidigt darauf die Tatsache, daß das Verbandsorgan zur Wahlzeitung der SPD. gemacht worden ist.

Vor Beginn der Diskussion verlangt hierauf der Genosse Schumann-Halle (Opposition) das Wort zur Geschäftsordnung: „Der Verbandstag hat zwar gestern beschlossen, der Opposition keine verlängerte Redezeit zum Geschäftsbericht zu gewähren. Indef, selbst die Klaffengerichte stoßen ihre ursprünglichen Entscheidungen um, wenn neue Tatsachen vorliegen. Das ist der Fall. Der Führer der SPD-Fraktion, Meh, hat gestern die Ablehnung der verlängerten Redezeit damit begründet, daß die fraktionellen Bindungen abgebaut werden müssen.“ Jetzt hat ein Kollege ein Dokument gefunden und

Breslau

Presse-Ausstellung

Kommunistische

„Zentral-Ballsäle“, Westendstraße 50

Heute letzter Tag

Die Ausstellung wird um 18 Uhr geschlossen

Drohender Streik in der Perrenkonfektion

Zu der im politischen Teil der gestrigen Zeitung wiedergegebenen Zuschrift des Bekleidungsarbeiterverbandes wird über die Breslauer Verhältnisse u. a. mitgeteilt: Für die am hiesigen Orte in Betracht kommenden Konfektionschneider und -näherinnen hat der Schiedspruch noch dadurch erhöhten Wert, indem er vorweist, daß nun die zweite Reichsserie (statt bisher dritte Serie) als erste Serie für Breslau gilt. Hierfür stellen wir schon seit Jahren...

Am Montag, dem 20. August, findet in dem Gesellschaftshaus „Bratysława“, Mauritianusplatz 4, eine Versammlung der Konfektionschneider und -näherinnen statt (abends 7.30 Uhr), in welcher von der Konferenz Bericht erstattet wird. Die Auktionsstellung und Beratung der Kollegen und Kolleginnen erfolgt jeden Tag von 11 bis 1 Uhr vormittags und von 5 bis 7 Uhr nachmittags (ausschließlich Sonnabend nachmittag) im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17, Zimmer 66/67.

Der General der Schlüsseloldaten berichtigt

„Hier Breslauer Wach- und Schlüsselgesellschaft, Direktor Gompertz. Dieser Herr Rebalter! Mit Ihrem Artikel „Die Breslauer Schlüsseloldaten“ sind Sie einem Schwindler zum Opfer gefallen. Ich gebe Ihnen mein heiligstes Ehrenwort, daß alle darin gemachten Angaben von A bis Z erlogen sind. Das Einzige was wahr ist, ist, daß die Schlüssel in die Häuser gehen und kontrollieren. Ich schwöre Ihnen, daß die Summe der Bewachungsgelder nur die Hälfte beträgt. Außerdem beträgt der Lohn der Schlüssel nicht nur 28 Mark, sondern 31 Mark (!). Herr Stadtrat Senk hat mir erklärt, Sie sind ein Arbeitgeber, mit dem man auskommen kann. Wenn wir unseren Schlüsselern den Lohn erhöht haben, so ist dies stets freiwillig geschehen, und zwar ohne Einschreiten der Gewerkschaften (!). Wenn derjenige, der die Angaben gemacht hat, noch in meinem Vertriebe ist und der Lohn ist ihm zu niedrig, dann soll er doch stempein gehen.“ Das ist eine kurze Wiedergabe des Telefongesprächs, das wir gestern mit Herrn Gompertz führen konnten. Herr Direktor Gompertz! Daß Sie es so eilig hatten und unter Abgabe Ihres Ehrenwortes sogar beschwören wollten, daß die Arbeitsverhältnisse und die Löhne bei Ihnen erstklassig sind, beweist uns erst recht, wie sehr unser Artikel ins Schwarze getroffen hat. Daß Sie ein Arbeitgeber sind, mit dem man auskommen kann, erhellt die Tatsache, daß Sie, wie Sie ja selbst am Telefon zugaben, vor zwei Jahren anlässlich eines Streiks die gesamte Belegschaft aufs Pflaster geworfen und über 100 neue Leute für die Streikenden eingestellt haben. Wenn Sie der Ansicht sind, daß 31 Mark für die Woche ein anständiger Lohn sind, so würden wir Ihnen empfehlen, selbst einmal mit diesem Betrage die ganze Woche auszukommen. Im übrigen zeigt ja Ihre Bemerkung, daß Sie bisher ohne Gewerkschaft auskommen sind, daß Sie bei Ihren „freiwilligen“ Lohnzulagen ganz anständige Geschäfte gemacht haben. Sie wollen sich aber notieren, daß Ihr Telefongespräch, Ihre evtl. noch zu erwartende Berichtigung und auch eine Klage uns nicht abhalten wird, weiter für die Interessen der Belegschaft einzutreten.

Gebräch vor unserem Schaufenster

— und wieder hörte ich interessante Sachen! Mehrere Arbeiter unterhalten sich über unsere Zeitung und über das Flugblatt „Polen mobilisiert“, das neben der Zeitung im Schaufenster hängt. Der eine Arbeiter (er liest den andern vor): — sondern zu einem neuen Weltkrieg führt. Hunderttausende Tote und Verwundete, Massenarbeitslosigkeit, Hungernot wären dann die Folge. Ein zweiter Arbeiter: — diese Leute haben Recht! Was sie hier im Flugblatt schreiben, das ist doch wahr. Denn wir haben ja gesehen im Kriege 1914, wie es da ergangen ist. Ein anderer Arbeiter (der den anderen eine Zeitsung zugehört hatte): — wir haben wohl genug gehungert und gearbeitet, was wir ja jetzt auch noch tun! — und von wegen Krieg: Ich fiel mich nicht wieder im Drede rum, wie es 1914 war, (sollt ich doch Krieg machen, die ihn haben wollen: Ich mache nicht mit. Ueberhaupt! Keen Arbeiter von uns müßte in a Krieg gehn. Ein anderer (er ist gewiß ein Reichsbannermann): Na, Kollegen, erzählt doch nicht solche Sachen: Ich sag ma, wenn wa von anderer Seite angegriffen werden, muß wa uns doch verteidigen! Der erste Arbeiter: Quatsch: Wir wern schun nicht angegriffen werden, wenn wir nicht tun. Eine Arbeiterin: Na, ihr seid ma vielleicht a paar Arbeiter, ihr erzählt euch hier solches dummes Zeug, und dabel steht uff dem Bloatte ganz genau wie is. Sie liest den Arbeitern das Flugblatt vor. — Denkt an den Verrat der SPD, die den imperialisches Krieg unterstützte, die heute die Massen durch patriotische Phrasen einlullt und bereit ist, euch uff neue zu verroaten?! Es wurde still am Schaufenster. Wie ich hinsah, verließ der Reichsbannermann auf seinen Sohlen den Platz vor dem Schaufenster. Die andern aber lasen mit Spannung unsere Zeitung weiter. Von den Gesprächen vor unserem Schaufenster könnte man ein ganzes Buch schreiben, diese „Insise“ genügt aber schon. Männe.

Panzerkreuzer wird gebaut

Arbeiterkorrespondenten, teilt uns sofort mit, was die parteilosen und sozialdemokratischen Kollegen dazu sagen.

Schreibt sofort!

Nachspiel für die Gefängnisbeamten. Die Flucht der beiden Zuchthäusler aus dem hiesigen Untersuchungsgefängnis, des Dedenbrechers Stephan Prodniewitz und des Eindrehers Eysa, wird auch noch für die beiden Beamten, die damals im Hofe die Aufsicht führten, insofern ein unangenehmes Nachspiel haben, als sie dafür zur Rechenschaft gezogen werden sollen, daß sie aus Fahrlässigkeit Gefangene, mit deren Beaufsichtigung sie beauftragt waren, entweichen ließen.

Strafenunfall. Am Mittwochabend 6 Uhr kam eine junge Damenschneiderin von der Klosterstraße auf ihrem Fahrrad über den Mauritianusplatz gefahren, um Arbeit abzuliefern. An der Ecke Brüderstraße geriet sie an den Kotflügel eines Autos. Sie wurde zu Boden gerissen und ein Stück mitgeschleift, wobei sie an Gesicht und Beinen schwere Fleischwunden erlitt. Ein zufällig vorbeikomender Arzt legte ihr in dem nahen Geschäft von Hoffmann die nötigen Verbände an, worauf sie in ihre Wohnung entlassen wurde.

In die Straßenbahnstiege geraten ist am Mittwochnachmittag der Arbeiter Max Ambienek, als er mit seinem Fahrrad an der Endstation der Linie 2 die Kaiser-Wilhelm-Straße entlangfuhr. Er schlug auf das Straßenpflaster auf und erlitt schwere Verletzungen, die seine Entlieferung in das Wenzel-Pandankrankenhaus erforderlich machten.

Aus der Ober gelandet wurde am Mittwochfrüh an der Rathausbrücke die Leiche eines unbekannten Mannes, der eine Mütze trug, die mit einem Stempel „Heghaus Herrnpflicht“ versehen war. Die Leiche wurde in die Anatomie geschafft. — Eine andere Leiche, einer etwa 35 Jahre alten Frau, wurde zu der gleichen Zeit aus dem Viechhafen in Döwig gelandet. Eine am Ufer gesundene braune Klientische dürfte von der Frau zurückgelassen worden sein. — An der Pumpstation ist am Mittwochvormittag eine männliche Leiche aus der Ober gelandet worden, die als der Arbeiter Max Scholz, Große Dreilindengasse 11, ermittelt werden konnte, der freiwillig den Tod im Wasser gesucht hatte.

Selbstmordversuch. In den Abendstunden des Mittwochs wollte eine Schneiderin aus der Buddestraße freiwillig ihr Leben beenden, indem sie sich im Bebelpark zu erschießen versuchte. Von einem vorbeigehenden Marine wurde sie an ihrem Vorhaben gehindert und zur Polizeiwache in der Bärenstraße geführt, wo die Wunde mit fünf Schuß Munition sichergestellt wurde.

Von einem Dachziegel getroffen und vom Mabe gekürzt. Als der Maurer Fritz Stukenstein aus Preusnitz im Kreise Mittisch am Mittwochnachmittag gegen 5 Uhr auf seinem Fahrrad die Altbühnerstraße passierte, wurde er vor dem Grundstück Altbühnerstraße 45 von einem vom Dach des Hauses herabgefallenen Mauerstück getroffen und derartig verletzt, daß er vom Mabe stürzte und mit dem Krankenwagen der Feuerwehr nach dem Allerheiligen-Hospital geschafft werden mußte.

Mittelschlesien

Brieg. Freidenkerversammlung. Recht interessant war die letzte Mitgliederversammlung der Freidenker. Im Verlaufe derselben gab der Vorsitzende Gabel einen Bericht über die letzte Konferenz, der mit einer starken Hebe gegen die Opposition verbunden war. Wie wenig die Mitglieder über die Lage des Freidenkerverbandes orientiert sind, beweist der Zwischenruf eines SPD-Mannes: „Was ist denn das überhaupt für eine Opposition?“ Sehr richtig bemerkte ein anderes Mitglied, daß das überhaupt keine Organisation wäre, die keine Opposition vertrat. Zu Punkt Mitgliederwerbung wurden verschiedene Vorschläge gemacht. Bei diesem Punkt merkte man wieder einmal die Reichsfeindschaft der Sozialdemokratie. In der Annahme, daß sämtliche Anwesenden Mitglieder der SPD wären, plapperte Gewerkschaftsleiter Kolot wieder einmal aus der Schule. Unter anderem sagte er, daß er schon des öfteren von eigenen Parteigenossen angegriffen wurde, wenn er in Mitgliederversammlungen der SPD gegen die Kirche sprach. Wirklich ein trauriges Zeichen, daß eine SPD-Größe, wie Kolot, seiner Partei anstellt.

Jungarbeiter heraus

Zum öffentlichen Kameradschaftsabend der Roten Jungfront am heutigen Freitag, 20 Uhr, im „Hubertus“ Friedrich-Wilhelm-Straße 32.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen
Breslau
— Stadteil Süd, Zelle 1. Freitag 20 Uhr bei Janke, Friedrichstraße 41, Mitgliederversammlung. Sympathisierende können teilnehmen.
— Stadteil Süd, Straßenzelle 2. Heute Freitag 20 Uhr bei Schneemann, Sadowastrasse 8, Mitgliederversammlung.
— Stadteil Nord. Sämtliche Parteimitglieder und KJB-Kameraden treffen sich Freitag 19 Uhr am Kleinbahnhof.
— Stadteil Nordost. Freitag 19.30 Uhr bei Köstner, Uferstraße, Generalmitgliederversammlung. Genosse Reimann spricht über „Der Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale.“
Glegitz. Freitag, 17. 8., 19 Uhr Antreten zur Demonstration am Friedrichsplatz. Vollständiges Erscheinen aller Mitglieder von SPD, KJB, KJBW und KJ ist Pflicht.

Kommunistischer Jugendverband

- Breslau
— SPD. Wir nehmen geschlossen an dem öffentlichen Kameradschaftsabend der Roten Jungfront teil. Heute 17 Uhr in den „Hubertusäfen“, Friedrich-Wilhelm-Straße.
Görlitz. Freitag 20 Uhr Helmenabend. Lieberbäcker sind mitzubringen. Gäste willkommen.

Roter Frontkämpfer-Bund

- Breslau.
— Abt. 3. Sonnabend 20 Uhr, Lokal Anple, Postpöthstraße 14, Fraktionsübung. Alle Parteigenossen im KJB haben zu erscheinen. Mitgliedsbuch des KJB und der SPD ist mitzubringen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Sonntag die gesamte Abteilung mit Kapelle zur Generalmitgliederversammlung und zum Generalsappell. Antreten 10 Uhr „Stadt Kamslau“. Funktionäre eine Stunde früher.
— Abt. 5. Heute 19 Uhr im „Turmhof“. Alle Kameraden müssen erscheinen, da sehr wichtige Angelegenheiten zu besprechen sind.
— Abt. 1, Ost, Nord, Scheinitz. Antreten heute 19 Uhr bei Köstner, Uferstraße. Abmarsch 19.15 Uhr. — Abt. 2. Heute Antreten bei Reimann um 19 Uhr. Abmarsch 19.30 Uhr.
Altweiser. Freitag 19 Uhr im „Eisernen Kreuz“ Kameradschaftsabend.

Sonstige Organisationen

- Breslau
— Note Hilfe Nord. Freitag 20 Uhr Gesamtfunktionärübung in der „Stadt Waterloo“, Dölsnerstraße 8.
— Arbeiterhütchen. Sonntag Familienausflug nach Rosenthal, Gasthof „Drei Kronen“, wozu auch Freunde des Vereins eingeladen sind. Abmarsch 14 Uhr Trebnitzer Platz (Endstation der Linie 2).
Arbeiter-Sperantobund. Heute Freitag 20 Uhr im Gruppenlokal bei Köstner, „Dergarten“, Matthesstraße 35, Uebungsabend.
Note Hilfe, Ortsgruppe Chlau. Sonnabend 20 Uhr im Gasthof zur „Stadt Dels“.

Heraus zur Massenkundgebung

Antreten:

- 1. Abt. (Ost): Wolff, Tauenzienstr.
2. Abt. (Nord-Ost): Bauschulplatz
3. Abt. (N.): Schneider, Weizenb. Pl.
4. Abt. (West): Striequauer Platz
5. Abt. (Zentrum): „Turmhof“
Neue Antonienstraße
6. Abt. (Süd): Janke, Friedrichstr.

am Dienstag, dem 21. August, abends 8 Uhr, im großen Schießwerdersaal

Thema:

„Panzerkreuzer-Koalition u. Arbeiterklasse“

Referent: Landtagsabgeordneter Ernst Wollweber

Demonstriert gegen Panzerkreuzer-Koalition!

Bezirksleitung Schlesien der SPD. Gauleitung Schlesien des KJB.

Waldenburger Bergland

Am Sonntag Bergbaurevierkonferenz

Am Sonntag, dem 10. August, 9 Uhr (vorm.), findet im „Ebelstein“ in Waldenburg eine Bergbaurevierkonferenz statt. Die Tagesordnung lautet:

1. Kündigung des Lohnvertrags für den niederschlesischen Bergbau.
2. Stellungnahme zu den bevorstehenden Knappheitswahlen.

Vom Bergarbeiterverband müssen an dieser Konferenz alle Funktionäre teilnehmen. Den Funktionären der anderen am Tarif beteiligten Organisationen empfehlen wir ebenfalls, reiflich an der Konferenz teilzunehmen.

Kleber-Salzbrunn. Eine Gemeindevorstandssitzung findet heute Freitag um 10 Uhr im Gemeindefestsaal statt. Vertretung, erscheint zahlreich!

Oberes Revier

Kochmals der Fall Wenzel. In der Nummer 178 der „Arbeiter-Zeitung“ berichteten wir bereits über den Ausschluß des Genossen Wenzel aus der Arbeiter-Samariter-Kolonie Gottesberg. Zwei Tage nach Erscheinen unseres Berichtes hat Genosse Wenzel endlich ein Schreiben vom Bezirksvorstand erhalten, worin ihm mitgeteilt wurde, daß das Schiedsgericht eingeleitet wird. Es sind seit der Zeit schon 14 Tage verstrichen und die ganze Sache wahrscheinlich wieder eingeschlafen. Will etwa der Bezirksvorstand diese Angelegenheit unterdrücken? Wir verlangen, daß doch endlich Ordnung geschaffen wird.

Wieder ein Bergmann zu Tode verunglückt. Am Dienstag verunglückte der Bergbauer Konrad Hoppe, wohnhaft Gottesberg, Schulstraße 6, auf dem Wrangeltschacht beschäftigt, zu Tode. Er hinterläßt Frau und vier Kinder. Bei den elenden Hungerlöhnen schuftet der Bergmann für den Moloch Kapital, damit die Profite immer höher steigen, der Bergmann selbst mit seiner Familie verelendet immer mehr und wird schließlich noch vom Tode ereilt.

Heraus zum Kinderfest! Alle Mitglieder der Roten Hilfe sowie der Partei, des RFB und Zeitungsleser, die sich in die Liste haben eintragen lassen, erscheinen pünktlich mit ihren Kindern um 13 Uhr auf dem Topfmarkt. Dort erfolgt die Ausgabe von Marken.

Gottesberg. Die Auszahlung des Krankengeldes für Mitglieder des Bergarbeiter-Verbandes erfolgt Sonnabend von 16-17 Uhr im Schützenhaus.

Rothenbach. Auf zum Kinderfest! Sonntag um 13 Uhr im „Fang zum grünen Kranz“ Antreten zum Kinderfest nach Kohnau bei Wittig. Allen Spendern sprechen wir unseren Dank aus!

Arbeiter-Samariter hilft. Ein Arbeiter schreibt uns: Edel sei der Mensch, hilfreich und gut, aber nur von früh um 8 Uhr an. Dieses Schicksal mußte am Sonntag früh eine Arbeiter-Frau von Rothenbach erleben, welche am Sonnabendabend auf einer Kutsch von Salzbrunn nach Rothenbach gestürzt war und sich eine Verletzung unterm Knie zugezogen hatte. Die Frau begab sich am Sonntag früh, da sie große Schmerzen hatte, zur Dialonienstation, um sich die Wunde frisch verbinden zu lassen. Die christliche Helferin aber teilte der Frau durch die Türspalte mit, daß sie erst um 8 Uhr wiederkommen sollte. Die Schmerzen der Frau hatten die Wartezeit aber nicht verstanden, darum begab sich ihr Ehegatte zur Station. Ihm wurde aber erst gar nicht geöffnet. Ein herbeigeholter Arbeiter-Samariter leistete der Frau die nötige Hilfe und ordnete die Hinzuziehung eines Arztes an, welcher die Wunde sofort nähte. Dieser Vorfall zeigt wieder, wie nötig es ist, sich von den christlichen Helfern abzusondern, die ja für Arbeiter nur in ihren Dienststunden zu sprechen sind. Arbeiter von Rothenbach, bei Krankheiten und Unglücksfällen wendet euch an die Arbeiter-Samariter Kolonne!

Schweidnitz

Unser neues Polizei-Oberhaupt

Schweidnitz ist jetzt mit einem neuen Polizei-Oberhaupt beglückt worden. Dieser erst kaum 30 Jahre alte Herr, einen forschenden und schneidigen ehemaligen Offizier herauskehrend, versucht nun, halb Schweidnitz umzukrempeln. Trotz der kurzen Zeit, die er hier ist, wissen die unteren Beamten schon ein böses Lied zu singen. Der Kommandant ist streng militärisch. Es fehlte nur noch, daß in dem besten Hotel von Schweidnitz, wo der neue Herr Hauptmann zurzeit wohnt, noch ein besonderer Schutzmannsposten aufzieht. Na, vielleicht wird's noch, in Schweidnitz ist alles möglich. Die alten braven Kommunalbeamten, von denen mancher der Vater des neuen Gestrengen sein könnte, müssen nun feste Sport und andere Übungen machen. Ja, man brachte es sogar fertig, einen Nachmittag die Bache II einfach zu schließen und dafür Sport zu machen. Auch die wenige Freizeit ist beschränkt worden. Den Vertretern des Beamten-ausschusses wurde erklärt, daß man sich von niemand etwas vormachen lasse. Nun wird sich die kommunistische Stadtverordnetenfraktion mit dieser Sache befassen. Mag der neue Herr wieder ruhig nach dem besetzten Gebiet gehen. Hier in Schweidnitz brauchen wir keine wühlmännisch aufgelegene Polizei.

Ein Elend der Wohlfahrtsämter. Wir haben schon mehrfach über unser „Hunger“-Wohlfahrtsamt geschrieben, geholfen hat es wenig. Jetzt hat man sich da oben beim Magistrat wieder einmal eine Schokolade erlaubt, die viel böses Blut unter der Arbeiterschaft erregt. Bekammlisch erhalten die höchsten Ausgeherrerten eine Unterstützung von 3-14 Mark, dafür müssen sie in der Promenade arbeiten; pro Stunde werden 0,50 Mark angerechnet. Wer nicht arbeitet, bekommt keine Unterstützung. Bei dem jüngsten Gastspiel des Circus Sarrasani halten in der Abbruchnacht einige Ausgeherrerte die Sachen auf die Bahn bringen. Es war Sonntag 8 nachts! Sie erhielten dafür 3 Mark. Zum Entsetzen aller Ausgeherrerten wurden ihnen am folgenden Sonnabend Gelbbeträge von 1 Mark und darüber von ihrer oft nur 6 Mark betragenden Unterstützung abgezogen.

Aus den Organisationen. Der öffentliche Kameradschaftsabend des RFB am Freitag fällt aus. — Freitagabend „Stadt Breslau“ Versammlung der Straßengasse 1. Referent anwesend. — Sonntag 9 Uhr vormittags Untergruppenkonferenz des RFB in „Stadt Breslau“. Anschließend Übung aller Kapellen des Unterganges — Josten-Gule. Beteiligung ist Pflicht.

Freiburg

Vom Arbeiter-Sport. Die freie Turnerschaft schreibt: Sonntag, den 19. August, Punkt 12,30 Uhr, Antreten zum Festzug der Fußballer am Bahnhof zum „Kronprinz“ in Sportkleidung. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Landeshut

Arbeiter- und Gartenfest der Internationalen Arbeiter-Hilfe. Am kommenden Sonntag veranstaltet die hiesige Ortsgruppe im „Garten des Vater“ ihr diesjähriges Arbeiter- und Gartenfest. Durch den sehr guten Besuch im Vorjahre angepornt, hat es sich die Leitung

der Ortsgruppe auch diesmal wieder angelegen sein lassen, das Fest ausgiebig auszugestalten. Neben vielen Unterhaltungen für Erwachsene ist vor allem wiederum für die Kinder reichlich für Freistimmung gesorgt. Der Ausmarsch erfolgt geschlossen um 14 Uhr vom „Schützenplatz“ aus. Zum Einmarsch wird gebeten, Fackeln mitzubringen. Abends Abbrennen eines prachtvollen Feuerwerkes und Tanz im Saal. Arbeitereltern, macht euren Kindern eine Freude und erscheint zahlreich!

Krausenborn. Heraus zur Versammlung! Am Freitag, dem 17. August, 20 Uhr, spricht der durch die Unmenschliche Genosse Franz in einer öffentlichen Versammlung der Roten Hilfe

Görlitz

Etwas über die Sittlichkeit

Aus der „Einheit“, Heft 21, entnehmen wir folgenden Artikel: Was sind doch die Arbeiter für verdorbene Luder, trotz aller Vereine zur Hebung der Sittlichkeit. Stand da vor dem Dortmund Landesarbeitsgericht eine Sünderin, die von ihrem Chef wegen sündlichen Lebenswandels entlassen wurde. (Sonst haben die Chefs das meistens so gerne.) Aber das Gericht lehnte die Entlassung ab, was gewiß nicht wieder vorkommen soll. Aber wie die Ablehnung begründet wurde! So:

„Nach den in Arbeiterkreisen herrschenden Anschauungen wird es aber nicht als verwerflich angesehen, wenn eine unverheiratete Frau ein ständiges, auch zum Geschlechtsverkehr freies Verhältnis mit einem Manne hat. Es gilt in diesen Kreisen nicht als sündlicher Lebenswandel, denn derartige, nach strengen Anschauungen unbillige Verhältnisse bestehen in großer Anzahl in Arbeiterkreisen.“

Ach nee, also die Proleten sind unsittlich, qualen diese Sittensapostel, da trifft es sich gut, daß der bürgerliche Arzt Dr. med. Garmse eine Broschüre veröffentlicht hat, worin er auf Seite 56 über die Wohlfahrtspflege in der Rheinprovinz im Jahre 1927, also in jener Gegend, wo die Sittensapostel das Urteil über die Proleten fällten, folgendes ausführte:

„In einer mittelgroßen Stadt Norddeutschlands bemerkte die Mutter eines Gymnasiasten an ihrem Sohne Krankheitserscheinungen, die den Arzt zur Feststellung einer Geschlechtskrankheit führten. Der Vorkundungsbericht lag in dem benachbarten Lyzeum der Stadt. Es wurde darauf eine umfassende gesundheitliche Untersuchung dieser Anstalt durchgeführt, und es ergab sich dabei, daß etwa 70 Prozent aller Mädchen über 14 Jahren bereits Geschlechtsverkehr gehabt hatten und etwa 45 Prozent geschlechtskrank waren. Ohne diesen Fall verallgemeinern zu wollen, muß er doch als Symptom gewertet werden, und es kann nicht mehr an diesen Tatsachen vorbeigegangen werden. So stellt auch Professor Dr. Max Flesch in Frankfurt a. M. öffentlich fest, daß Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten bis zur Tertia hinab auch in unseren höheren Schulen weit verbreitet sind.“

Der angeführte Fall zeigt übrigens eine bezeichnende Tatsache: Die Schülerinnen des Lyzeums standen zunächst in näherer Beziehung zu jüngeren, noch unverheirateten Herren der Gesellschaft und verführten dann ihrerseits die ihnen gleichaltrigen oder jüngeren befreundeten Schüler.

Diese kleine Kostprobe von der Sittlichkeit jener, die über das Proletariat so gern zu Gericht sitzen, dürfte wohl für heute genügen. So etwas kann man nur teilschmerzhaft betrachten. Sollte es nicht genügen, können wir mit weiteren Kleinigkeiten aufwarten. D. B.

Achtung! Abendausflug des RFB. am Sonnabend, 18. August. Antreten um 19,30 Uhr am „Tivoli“, Wmarisch nach Leschnitz, Gasthaus „Zum Kronprinz“. Sympathisierende, Freunde und Bekannte sind zur Teilnahme eingeladen. Die Ortsgruppenführung.

Haubüberfall. Dienstag früh 1 Uhr wurde auf dem Wege von Klingewalde in die Stadt in der Nähe des Friedhofes ein Kellner von zwei Jugendlichen überfallen und seiner Barockschürze beraubt. Der Kellner wurde dabei zu Boden geschlagen.

Schweres Schandensünder. Am Dienstagmorgen brannten in Jodel Scheune und Stallung des Landwirts Kindler nieder. Vier Schweine fielen neben größeren Vorräten und Maschinen den Flammen zum Opfer.

Grünberg

So bleibt die Gewerbeinspektion?

Angelaubliche Zustände herrschen in der Ziegelei Lorenz, Altkaiser Straße. Zur die Belegschaft von 40-50 Mann ist nicht einmal eine Wajshgelegenheit vorhanden. Dredig und spedig müssen die Proleten nach Hause laufen. Am Sonnabend, 11. August, verunglückte ein dort beschäftigter Arbeiter ganz erheblich am Kopfe. Als seine Kollegen ihn verbinden wollten, stakete es sich heraus, daß auch nicht ein bißchen Verbandstoffe vorhanden waren. Der Arbeiter mußte stark blutend und voller Dred ins Krankenhaus getragen werden. Was sagt die Gewerbe-Inspektion zu solch einem Mauerbetrieb? Wir verlangen ganz energisch, daß das Gewerbeamt diese unheimlichen Zustände beseitigt und die Firma zur Rechenschaft zieht. Oder soll erst ein Prolet bei einem Unglücksfall dort verbluten, ehe die zuständigen Stellen eingreifen? Arbeiter, so wird mit eurer Gesundheit Schindluder getrieben um des dreimal geheiligten Profites willen. Schließt euch zusammen und kämpft mit den Kommunisten gegen alle Verschlechterungen. Lebt die „Arbeiter-Zeitung“, die alle diese Mißstände öffentlich anprangert.

Grünberg die Stadt der Helden

Am Sonnabend, dem 4. d. M., wurde Grünberg gegen Abend durch einen Fadelzug beehrt. Man leitete in atemberaubender Weise das Schützenfest ein. Allerhand impozante Persönlichkeiten konnte man im Zuge nach den Klängen flotter Marschmusik ihre Schwerzeuge in Bewegung setzen sehen. Der Festzug am darauffolgenden Sonntag zeigte jedem Zuschauer so rechte echte deutsche Männer, von altem Ehrmut und Eren. Durch Heranziehen von allen Militärvereinen von Stadt und Land hatte man dem Zuge das richtige Gepräge gegeben. Es sei bemerkt, daß gleichzeitig das 350 jährige Bestehen der Gilde gefeiert wurde, daher die Festlichkeiten. Gerade lagen hoch zu Ross, anständig bemüht, das Gleichgewicht nicht zu verlieren. Fagen trugen Schützengehör, reich und Ordentlich mit bravhaft vergerren Gesichtern. Helmschilde trugen bei Bier und Wein erworbene Verdienstabzeichen, sogenannte Kienpferlchen. Im Schützenhause wurden große Reden gehalten, die vor Liebe zum Vaterlande überflossen und meistens mit Hurra endeten. Körbe mit leeren Flaschen bezeugten, daß die tapferen Männer immer noch trinkfest sind trotz der Not des Vaterlandes. Durch den Schützenverein konnte man der ganzen Bevölkerung den Antritt eines Volksfestes zu geben. Dredig alle dem, Grünberg ist eine Stadt, die den Namen Heldenstadt verdient hätte.

Im „Gerichtskretscham“ über das Thema: „Koalitionspolitik und Unmenschlichkeit.“ Proletarische politische Gefangene schmachten noch in den Kerker. Diese heißt es durch Massenprotest zu befreien. Darum, Arbeiter und Arbeiterinnen, kommt in diese Versammlung, um die Wahrheit zu hören!

Liebau. RFB Nachrichten. Sonnabend, den 10. August, findet um 20 Uhr im Gewerkschaftshaus ein außerordentlicher Kameradschaftsabend statt, wozu kein Mitglied fehlen darf. Alle Parteigenossen und Zeitungsleser laden wir ein. Kameraden, bringt eure Frauen mit. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht vom Grenztreffen; 2. Politische und organisatorische Auswertung des Grenztreffens; 3. Der nächste Wehr-Sport-Ausmarsch; 4. Erstklassiges Künstlerkonzert mit einem Odeon-Schallplatten-Schrankapparat. Wir fordern alle Kameraden auf, welche Ordner waren, die Armbinden wieder abzugeben.

Niederschlesien

Bunzlau

Heute Freitag, 21 Uhr spricht im „Volkshaus“ Genosse Christian Heud. Erscheint in Massen.

Wie man Arbeiter ins Arbeitshaus bringen will

Geradezu ungläubliche Sachen leisten sich die verschiedenen Behörden auf dem Gebiete der „Wohlfahrtspflege“. Hier ein Beispiel. In Neuschwibitz war auf dem Gute des Besitzers Siegfried Kühn ein Familienvater als Kutscher beschäftigt, namens Paul Kutsch. Nach seiner Entlassung am 15. November 1926 zog derselbe in ein Wohnhaus im Dorfe, das demselben Besitzer gehört. Trotz verschiedenster Schikanen war es dem Besitzer nicht möglich, den Arbeiter gänzlich wohnungslos zu machen, trotzdem man das Haus nicht als menschliche Unterkunft ansprechen kann. Ungefähr am 8. 12. 26 erhielt Kutscher Arbeit beim Chausseebau Kroißschwitz-Ottendorf und blieb hierbei (mit einer Unterbrechung von fünf Wochen wegen Materialmangel) bis Ende November 1927, weil starkes Frostwetter einsetzte. Trotz eifriger Arbeit suchte er bis 8. Mai 1928 stempeln gehen. Hierauf wieder 14 Tage Arbeit beim Schütten einer anderen Chaussee. Verzweifelt über seine Notlage entfernte sich K. am 17. 6. heimlich von seiner Familie, um im Görlitzer Kreise Arbeit und Wohnung zu suchen. Jetzt versuchte seine Frau, Unterstützung vom Kreiswohlfahrtsamt zu erhalten. Ein Mietzuschuß von 5 Mark wurde gewährt. Nach einer Woche vergeblichen Suchens kehrte Kutscher zu seiner Familie zurück und fand wieder Arbeit beim Chausseebau. Aktig bis zum heutigen Tage. Doch jetzt kommt das Volkste. Trotzdem der Betreffende schuldblos mehrfachen arbeitslos geworden ist, versucht jetzt das Kreiswohlfahrtsamt (Leiter Gloger) den Arbeiter Kutscher ins Arbeitshaus zu bringen und seiner Frau eine Arbeit zu verschaffen, damit sie den Unterhalt für sich und die fünf Kinder bestreuen. Folgendes Schriftstück als Bestätigung der Angaben:

Kreisauschuß Bunzlau, Kreisjugendamt, Amtsvormundschaft. Bunzlau, 26. Juni 1928.

Antrag des Bezirksfürsorgeverbandes Bunzlau auf Arbeitshausunterbringung des Arbeiters Paul Kutscher in Neuschwibitz, Kreis Bunzlau.

Kutscher ist verheiratet und Vater von fünf minderjährigen Kindern. Seit Jahren hat er seiner Familie gegenüber die Unterhaltspflicht grüßlich verlehrt; er arbeitet immer nur einige Wochen und ist dann monatelang erwerbslos. Sein Einkommen und auch die Erwerbslosenunterstützung gebraucht er zu einem großen Teile für sich. Wenn ihm seine Ehefrau Vorhaltungen macht, so kommt es zu Streitigkeiten und Kutscher verläßt daraufhin seine Familie und ist oft wochen- und monatelang verschwunden. Seit Jahren muß die Familie infolge dieses Lebenswandels aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden. Gestern erschien wieder seine Ehefrau Hedwig Kutscher im Kreisjugendamt und meldete, daß ihr Ehemann seit Sonntag, dem 17. 6. d. J. nachmittags verschwunden und nicht mehr zurückgekehrt ist. Gemäß § 20 der Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. 2. 1924 in Verbindung mit § 21 der Preussischen Ausführungsverordnung dazu vom 17. 4. 1924 beantragen wir baldmöglichst einen Beschluß auf Arbeitshausunterbringung herbeizuführen. Der Vorsitzende.

J. W. gez. Scholz, Kreisdeputierter.

Im den Bezirksauschuß in Liegnitz. Soweit das Dokument. Doch hierzu einige Betrachtungen. In so leichtfertiger Weise ist wohl noch niemals mit einem Familienleben umgegangen worden. Einige Fragen: Wer ist die eigentliche Triebfeder zu diesem Antrage, da beide Teile die Angaben, wie leichtsinniges Vergenden des Geldes, nicht sorgen für die Familie und dergleichen, bestritten? Können sich Beamte mit ungefähr 400 Mark Monatsgehalt in die erbärmliche soziale Lage eines erwerbslosen Familienvaters hineinverlegen? (Von fünf Kindern im Alter von sieben, sechs, fünf, vier und zwei Jahren sind das sieben- und das fünfjährige Kind.) Gibt es keine andere Hilfe? Will das Wohlfahrtsamt keine Schritte unternehmen, um dem früheren Arbeitgeber Kühn die Möglichkeit zu nehmen, selbst noch die Arbeitssuche zu erschweren? (Die Firma P. Wenzel lehnte eine Einstellung Kutschers ab, wegen Einspruch des Kühn.) Wir fragen allen heute schon, daß dieser schändliche Antrag zunichte wird. Dafür sorgt die kommunistische Partei. Ernst Gabel, Mitglied des Kreisrates.

Liegnitz

Liegnitzer Arbeiter! Heraus zum Empfang des aus den Zuchtshausmauern befreiten Genossen Heud am Sonnabend 19,30 Uhr am Bahnhof. Um 20 Uhr spricht Genosse Heud im großen Saal des „Wintergartens“.

Aus dem Riesengebirge

Eine Sensation für Hirschberg ist das Auftreten der Arbeiter-Schauspielertruppe „Die Trommler“ aus Breslau aus Anlaß der Abendveranstaltung zum 14. Internationalen Jugendtag am 1. September im „Berliner Hof“. Die Trommler spielen die große politische Revue „Von Wilhelm bis Hermann Müller“. Das Programm wird von Ansprachen, Orchester-vorträgen und Sprechchören umrahmt.

Übler Mundgeruch

wird abhöfend. Süßlich gefärbte Zähne entstellen das schönste Antlitz. Beide Schönheitsfehler werden oft schon durch einmaliges Putzen mit der herrlich erfindenden Zahnpaste Chlorodont beseitigt. Die Zähne erhalten schon nach kurzem Gebrauch einen wundervollen Glanz, auch an den Seitenflächen, beständiglicher Benutzung der dafür eigens konstruierter Chlorodont-Zahnbürste mit gezahntem Borstenkamm. Foule-Schleier in den Zahnräumen als Ursache des üblen Mundgeruchs werden gründlich damit beseitigt. Verjagen Sie es zunächst mit einer Tube Chlorodont-Zahnpaste zu 60 Pf., große Tube 1 Mk. Chlorodont-Zahnbürste für Kinder 70 Pf., für Damen 1,25 Mk. (welche Borsten), für Herren 1,25 Mk. (harte Borsten). Nur echt in blauweiß-grüner Originalverpackung mit der Aufschrift „Chlorodont“. Überall zu haben.